LEBENDIGESTADT Kultur, Freizeit, Erlebnis JOURNAL

Runder Tisch: Sicherheit beginnt mit Respekt

Forsa-Umfrage: 87 Prozent fühlen sich sicher

Interview mit NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper

Neue Studie: Mobilitäts-Konzepte für urbane Quartiere

Tinybe Berlin: Künstler entwerfen Haus-Skulpturen

Special Olympics: Sommerspiele der besonderen Art







LEBENDIGE STADT

Mediterranes Flair an der Havel: Im wiederaufgebauten Stadtschloss in Potsdam hat der Landtag von Brandenburg seinen Sitz.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Rund 87 Prozent der Bundesbürger fühlen sich sicher. 45 Prozent wünschen sich mehr Sicherheit. 44 Prozent fühlen sich heute unsicherer als früher. Und 87 Prozent finden Video-überwachung im öffentlichen Raum richtig. Das sind die wichtigsten Ergebnisse einer von der Stiftung "Lebendige Stadt" in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage zum Thema "Sicherheit in der Stadt" (Seite 13).

Die Erkenntnisse dieser Umfrage lieferten die Grundlage für die Diskussion am Runden Tisch, zu der die Stiftung in diesem Frühjahr Politiker, Sicherheitsexperten, Stadtplaner, Unternehmer und Kulturschaffende nach Dresden eingeladen hatte. Welche Anregungen und Ideen bei der Diskussion herauskamen, erfahren Sie ab Seite 6.

Einer der Experten am Runden Tisch war Prof. Jörg Ziercke, der von 2004 bis 2014 als Präsident das Bundeskriminalamt leitete. In seiner Analyse auf Seite 38 erklärt er, wie kommunale Kriminalpolitik funktioniert und wie sie das Sicherheitsempfinden der Bürger stärken kann.

Wie lässt sich der Verkehr intelligent managen? Wie machen Städte den ÖPNV zukunftsfähig? Müll vermeiden mit "Cradle to Cradle" - wie geht das? Mit diesen und weiteren Fragen befasst sich der 18. internationale Kongress der Stiftung "Lebendige Stadt", der am 20. September in der "Biosphäre" in Potsdam stattfindet. Am Vorabend der Konferenz verleiht die "Lebendige Stadt" im Orangerieschloss im Park Sanssouci den Stiftungspreis 2018. Ausgezeichnet wird "Die digitalste Stadt". Alle Einzelheiten zum Kongress und zur Preisverleihung finden Sie ab Seite 22.

Was die Digitalisierung für die Kommunen bedeutet – darüber haben wir in unserem Sommer-Interview auch mit NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper gesprochen. Der Minister erzählt außerdem, wie er seinen Haushaltsplan ohne neue Schulden umsetzt und welche Chancen er für Olympische Spiele an Rhein und Ruhr sieht (Seite 18).

Außerdem stellen wir in diesem Journal eine von der Stiftung geförderte Studie vor, die neue Mobilitäts- und Parkraum-Konzepte für städtische Wohnquartiere untersucht (Seite 26). Wir schauen nach Zürich, das mit seinem vorbildlichen Verkehrssystem Fachleute aus aller Welt in die Schweiz lockt (Seite 28). Wie wollen wir leben? Dieser Frage will das "Tinybe Sculpture Village" in Berlin auf den Grund gehen. Dort zeigen Künstler ihre Visionen und Haus-Skulpturen (Seite 29). Eine Bibliothek auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten besuchen und sogar Bücher ausleihen, obwohl kein Personal anwesend ist? Das gibt es! Wie dieser sogenannte Open-Library-Service funktioniert lesen Sie auf Seite

Und jetzt wünschen wir Ihnen viel Freude mit dieser neuen Ausgabe des Journals "Lebendige Stadt".

Links: Sommerabend am Tiergärtnerplatz in Nürnberg.

Großes Titelbild: Runder Tisch im Dresdner Zwinger.

Kleines Titelbild: Special Olympics in Kiel.

Die Stiftung "Lebendige Stadt"

Stiftungsrat

Vorsitzender:

Dr. Hanspeter Georgi, Minister für Wirtschaft

und Arbeit a.D. Saarland

Weitere Mitalieder: Dr. Gregor Bonin,

Beigeordneter Mönchengladbach Barbara Bosch,

Oberbürgermeisterin Reutlingen

Kirsten Bruhn. Schwimmerin, Gold bei den

Paralympics 2004, 2008 und 2012

Vorstandsvorsitzender Vonovia Olaf Cunitz

Bürgermeister a.D. Frankfurt a.M.

Garrelt Duin, Chief Human Resources Officer ThyssenKrupp Industrial Solutions

Arved Fuchs Polarforscher

Rolf Buch,

Thomas Geisel.

Oberbürgermeister Düsseldorf

Dr. Monika Griefahn.

Direktorin Umwelt und

Gesellschaft AIDA Cruises

Joachim Herrmann, MdL

für Bau und Verkehr

Hamborner REIT AG

Oberbürgermeister Leipzig

Prof. Dr. Harald Kächele,

Oberbürgermeister Kiel

Matthias Kohlbecker,

Burkhard Jung,

Dr. Ulf Kämpfer,

Markus Lewe,

Dr. Herlind Gundelach,

Senatorin für Wissenschaft

Landtagspräsident Rheinland-Pfalz

Bayerischer Staatsminister des Innern,

Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe

Kohlbecker Architekten & Ingenieure

Prof. Dr. Rainer P. Lademann,

Beirat Lademann & Partner

Oberbürgermeister Münster,

Präsident Deutscher Städtetag

und Forschung a.D. Hamburg Dr. Thomas Schäfer, MdL,

Hendrik Hering, MdL,

CEO und Gesellschafterin Schomberg & Co.

Dr. Eckart John von Frevend Real Estate Consulting Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates

Dezernent für Planen, Bauen, Wohnen und

Grundbesitz a.D. Frankfurt/Main

Roland Berger

Nurhan Soykan,

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, MdB,

Stv. FDP-Bundesvorsitzende

Oberbaudirektor a.D. Hamburg

Gründer und Aufsichtsratsmitglied

dm-drogerie markt

Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Geschäftsführungsvorsitzender Flughafen Berlin Brandenburg GmbH Dr. Frank Mentrup,

Senatorin für Stadtentwicklung

Oberbürgermeister Karlsruhe

Lutz Lienenkämper, MdL,

Finanzminister NRW

Katrin Lompscher,

und Wohnen Berlin

Dr. h.c. Ingrid Mössinger,

Generaldirektorin Kunstsammlungen Chemnitz a.D.

Klaus-Peter Müller.

Aufsichtsratsvorsitzender Commerzbank AG Aygül Özkan,

Geschäftsführerin PCC Services GmbH

der Deutschen Bank Burkhard Petzold,

Geschäftsführer FA7 GmbH a D

Marcel Philipp,

Oberbürgermeister Aachen Matthias Platzeck,

Ministerpräsident a.D. Brandenburg

Frank Rausch,

CEO Hermes Germany Henriette Reker,

Oberbürgermeisterin Köln

Jürgen Roters,

Oberbürgermeister a.D. Köln

Finanzminister Hessen

Josef Schmid,

Zweiter Bürgermeister München

Bärbel Schomberg,

Edwin Schwarz,

Prof. Dr. Burkhard Schwenker,

Chairman des Advisory Councils von

Ullrich Sierau,

Oberbürgermeister Dortmund

Sty Vorsitzende Zentralrat

der Muslime in Deutschland

Markus Ulbig, MdL

Innenminister a.D. Sachsen

Prof. Jörn Walter.

Prof. Götz W. Werner.

Dr. Joachim Wieland,

CEO Aurelis Real Estate

Kuratorium

Vorsitzender:

Alexander Otto

Geschäftsführungsvorsitzender ECE

Stellvertretender Vorsitzender:

Wolfgang Tiefensee,

Minister für Wirtschaft, Wissenschaft

und Digitale Gesellschaft Thüringen, Bundesminister a.D.

Weitere Mitglieder: Torsten Albig,

Ministerpräsident a.D. Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Willi Alda, Universität Stuttgart

Jan Bettink,

Verwaltungsratsvorsitzender FMS

Wertmanagement Hildegard Müller,

Vorstand Netz & Infrastruktur innogy SE

Dr. Dieter Salomon

Oberbürgermeister a.D. Freiburg i.B.

Prof. Dr. Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister a.D. Stuttgart

Dr. Michael Vesper,

Vorstandsvorsitzender Deutscher

Olympischer Sportbund a.D.

Vorstand

Vorsitzender:

Dr. Andreas Mattner

Präsident ZIA Deutschland

Weitere Mitalieder:

Michael Batz,

Theatermacher und Szenograf

Friederike Beyer,

Geschäftsführerin Beyer PR Event

Dr. h.c. Peter Harry Carstensen,

Ministerpräsident a.D. Schleswig-Holstein

Oberbürgermeister a.D. Köln

Robert Heinemann, Managing Director ECE

Wolfgang Kopitzsch,

Bezirksamtsleiter Hamburg-Nord a.D., Polizeipräsident a.D.

Dr. Eva Lohse,

Oberbürgermeisterin a.D. Ludwigshafen, Präsidentin Deutscher Städtetag a.D. Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma,

Stiftung "Lebendige Stadt" Saseler Damm 39 22395 Hamburg

Impressum

Journal "Lebendige Stadt"

Nr. 36 / Juli 2018

Herausgeber:

Redaktion: Ralf von der Heide (Chefredakteur, verantw.),

Andrea Peus (Stelly, Chefredakteurin)

Autoren dieser Ausgabe: Prof. Dr. Carsten Gertz (Technische Universität Hamburg-Harburg), Joachim Göres (Journalist).

Corinne Schmid (Journalistin). Danuta Schmidt (Journalistin), Prof. Jörg Ziercke

(Präsident Bundeskriminalamt a.D.) Sitz der Redaktion: Saseler Damm 39

22395 Hamburg Tel: 040/60876173 Fax: 040/60876187

Internet: www.lebendige-stadt.de E-Mail: redaktion@lebendige-stadt.de Art Direction und Layout:

Druck: Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH Kurhessenstraße 4-6

64546 Mörfelden-Walldor Auflage:

18.000 Exemplare Das Journal "Lebendige Stadt"

erscheint zweimal im Jahr. Datenschutz:

Informationen zum Datenschutz erhalten Sie unter www.lebendige-stadt.de/datenschutz. Falls Sie das Journal "Lebendige Stadt" zukünftig nicht mehr erhalten wollen, können Sie Ihren Widerruf an datenschutz@lebendige-stadt.de

> oder postalisch an Stiftung "Lebendige Stadt", Saseler Damm 39, 22395 Hamburg richten.





Mit Bundesaußenminister Heiko Maas als Ehrengast ist in Berlin der Baustart für den neuen Jüdischen

Campus gefeiert worden.

Wohnen und Mobilität:

geförderte Studie untersuch

städtische Wohnquartier

Eine von der Stiftung

Vorfahrt für die Bahn:

Zürich hat eines der besten Verkehrssysteme der Welt - das lockt Fachleute aus allen

Kontinenten in die Schweiz.

neue Mobilitäts-

28

Runder Tisch in Dresden:

Auf Einladung der Stiftung

Politiker, Sicherheitsexperten

Stadtplaner und Unternehmer

"Lebendige Stadt" haben

über Sicherheit in



SCHER CAMPUS



Inhalt











Labor für neue Wohnideen: Das "Tinybe Sculpture Village" ist als Ausstellung von Haus-Skulpturen geplant und wird sich nächstes lahr auf dem ehemaligen Berliner Flughafen



Special Olympics: Mehr als 4.600 Athleten haben in Kiel die Sommerspiele für Menschen mit aeistiaer oder mehrfacher Behinderung



Dänemark als Vorbild: Eine Bibliothek besuchen, auch wenn kein Personal vor Ort ist: Immer mehr Büchereien testen diesen Service. der sich in Dänemark bereits

estens bewährt hat.



Städte wie Rom, Venedig, Amsterdam oder Barcelona werden von Touristen regelrecht überrannt – immer mehr inheimische schlagen Alarm.



Freiheit und Sicherheit:

Kommunale Kriminalpolitik kann das Sicherheitsempfinden der Bürger stärken, sagt der ehemalige Präsident des Bundeskriminalamtes. Prof. Jörg Ziercke.

5

Impressum

16 + 36 Stadtnachrichten

Editorial

Stiftungsgremien





Dr. Eva Lohse, ehemalige Präsidentin des Deutschen Städtetags und frühere Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen.



Dr. Andreas Mattner, Vorstandsvorsitzender der Stiftung "Lebendige Stadt" und Präsident des Zentralen Immobilien-Ausschusses (ZIA).



Sachsens Innenminister Prof. Dr. Roland Wöller (rechts) und Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp.



Dresdens Erster Bürgermeister Detlef Sittel und Bärbel Schomberg, CEO Schomberg & Co. Real Estate.

und 87 Prozent der Bundesbürger fühlen sich sicher. 45 Prozent wünschen sich mehr Sicherheit. 44 Prozent fühlen sich heute unsicherer als früher. Und 87 Prozent finden Videoüberwachung im öffentlichen Raum richtig. Das sind die wichtigsten Ergebnisse einer von der Stiftung "Lebendige Stadt" in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage zum Thema "Sicherheit in der Stadt". Die repräsentative Befragung bildete die Grundlage für die Diskussion am Runden Tisch, zu der die Stiftung nach Dresden eingeladen hatte. Alle wichtigen Ergebnisse der Forsa-Umfrage sind auf Seite 13 dieses Journals zusammengefasst.

"Am Runden Tisch ging es uns um einen Erfahrungsaustausch und um Lösungen, wie Städte dem Sicherheitsbedürfnis ihrer Bürger gerecht werden können. Es ist erfreulich, dass sich 87 Prozent der Befragten in Deutschland sicher fühlen", sagte Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung "Lebendige Stadt". Allerdings zeigten die Ergebnisse auch, dass das Bedürfnis nach mehr Sicherheit mit der Größe der

Ohne innere Sicherheit kann es keine lebendige Stadt geben.

Dr. Eva Lohse (ehem. Präsidentin Dt. Städtetag, Oberbürgermeisterin a.D. Ludwigshafen)

Stadt steige. Neben mehr polizeilicher Präsenz und einer stärkeren Videoüberwachung im öffentlichen Raum bestehe ein Wunsch nach besserer Beleuchtung dunkler Räume und mehr Sauberkeit im Stadtbild. "Genau hier setzt die Arbeit meiner Stiftung an, die unter anderem bereits zahlreiche Lichtprojekte realisiert hat", so Otto weiter. Er erinnerte



Birgitta Radermacher, Präsidentin im Regierungsbezirk Düsseldorf, und Dr. h.c. Ingrid Mössinger, vormalige Generaldirektorin der Kunstsammlungen Chemnitz.

in diesem Zusammenhang an das bundesweite Illuminationsprogramm, mit dem 31 Bahnunterführungen in 24 deutschen Städten von Angsträumen zu hellen, urbanen Orten aufgewertet wurden.

Moderiert wurden die Beratungen am Runden Tisch von der ehemaligen Präsidentin des Deutschen Städtetags, Dr. Eva Lohse. Die innere Sicherheit sei die Basis von allem, ohne innere Sicherheit könne es keine lebendige Stadt geben, sagte Lohse. Sachsens Innenminister Prof. Dr. Roland

Wir müssen denjenigen den Rücken stärken, die sich unter Einsatz von Leib und Leben für die Sicherheit von uns allen einsetzen.

> Prof. Dr. Roland Wöller (Innenminister Sachsen)

Wöller betonte in seiner Einleitung, dass Sicherheit nicht die alleinige Aufgabe der Länder oder des Bundes sei, "sondern es ist eine gemeinsame Aufgabe natürlich auch in erster Linie derjenigen, die von Sicherheit vor Ort betroffen sind: der Kommunen, der Städte und der Gemeinden". Der Minister forderte zugleich auch mehr Rückendeckung für Polizeikräfte, Feuerwehrleute und Rettungsdienste: "Wenn wir mehr Sicherheit haben wollen, dann müssen wir denjenigen den Rücken stärken, die sich unter Einsatz von Leib und Leben für die Sicherheit von uns allen einsetzen."

Sicherheit in der Stadt sei eine Gemeinschaftsaufgabe – das unterstrich auch Dresdens Erster Bürgermeister Detlef Sittel. Neben alten und neuen Herausforderungen rücke das subjektive Sicherheitsgefühl dabei immer stärker in den Blickpunkt.

Ein zentraler Schlüssel sei in diesem Zusammenhang die sachliche Information. Darüber hinaus sei aber auch eine "uniformierte Präsenz" gefragt. Hier gelte es, "einen guten Mix aus

Das subjektive Sicherheitsgefühl rückt immer stärker in den Blickpunkt.

> Detlef Sittel (Erster Bürgermeister Dresden)

einem konkreten Handeln vor Ort und einer gewissen Prävention im Vorfeld" zu erreichen.

Münchens Bürgermeister Josef Schmid betonte ebenfalls die Bedeutung des subjektiven Sicherheitsgefühls: "Auch wenn wir in München objektiv in einer der sichersten Großstädte Deutschlands leben, müssen wir das subjektive Unwohlsein bis hin zu den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und handeln und wenn es ,nur' um Prävention

Wir müssen das subjektive Unwohlsein ernst nehmen und handeln.

Josef Schmid (Bürgermeister München)

Neben der klassischen Aufgabe, das Sicherheitsgefühl in den Städten durch Polizeipräsenz, Videoüberwachung, Licht und Sauberkeit zu verbessern, müsse man sich auch ganz neuen Problemfeldern widmen, sagte Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp und warnte: "Kriminalität mit den Mitteln der Digitalisierung wird massiv zunehmen." Eine kluge Nutzung von Daten und technischen Möglichkeiten könne aber auch zur Kriminalitätsreduzierung beitragen, "wenn wir schnell genug den Um-



Prof. Jörg Ziercke (rechts), ehemaliger Präsident des Bundeskriminalamtes, und Hamburgs früherer Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch.



Münchens Bürgermeister Josef Schmid.



Matthias Platzeck, ehemaliger Ministerpräsident von Brandenburg.



Burkhard Jung Griefahn Platzeck

Dr. Joachim Wieland, CEO Aurelis RE.

Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung und Niedersachsens frühere Umweltministerin Dr. Monika Griefahn.



Hamburgs ehemaliger Oberbaudirektor

Niedersachsens ehemalige Sozialministerin Aygül Özkan.



Barbara Bosch, Oberbürgermeisterin von Reutlingen

gang damit lernen", so der Oberbürgermeister weiter.

Kriminalität mit den Mitteln der Digitalisierung wird massiv zunehmen.

Marcel Philipp (Oberbürgermeister Aachen)

Nurhan Soykan, stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, nutzte den Runden Tisch, um auf die "verschlechterte Sicherheitslage der Muslime" aufmerksam zu machen. Die Spaltung der Gesellschaft durch "die aufkommenden Rechten", so Soykan, habe dazu geführt, "dass jeder vor dem Anderen Angst hat. Diejenigen, vor denen man Angst hat, hasst man oft. Wenn wir Sicherheit wollen, brauchen wir Versöhnung und keine Spaltung", sagte Soykan.

"Gefühlslagen sind von hoher Relevanz", betonte Brandenburgs ehemaliger Ministerpräsident Matthias Platzeck. Je unüberschaubarer die Welt in der Empfindung vieler Menschen werde, "umso klarer will man

Gefühlslagen sind von hoher Relevanz. Matthias Platzeck

(Ministerpräsident a.D. Brandenburg)

in seiner direkten Umgebung, dass sich möglichst nichts mehr verändert". Als Beispiele nannte er die Polizeireform und die Kreisgebietsreform in Brandenburg, gegen die sich viele Menschen vehement gewehrt hätten.

"Innere und äußere Sicherheit gehören zum innersten Kern unseres demokratischen Gesellschaftssystems und sind quasi gesellschaftsvertraglich geregelt", sagte Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung. Der Vertrag zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat laute: "Ich überlasse Dir, Staat, das Gewaltmonopol, und Du sorgst für meine Sicherheit. Dafür gebe ich Steuern, Du gibst mir Schutz!" Zum Schutz der Demokratie müsse daher auf diesem Aspekt ein Hauptaugenmerk liegen, so Jung.

Sicherheit gehört zum Kern unseres demokratischen Gesellschaftssystems und ist quasi gesellschaftsvertraglich geregelt.

> Burkhard Jung (Oberbürgermeister Leipzig)

Niedersachsens ehemalige Sozialministerin Aygül Özkan rückte beim Thema Sicherheit das Stadtquartier ins Blickfeld. "Identifikation mit dem Wohnquartier, das Aufbrechen der Anonymität im Wohnumfeld – das schafft mehr Zufriedenheit im Wohnort, fördert mehr individuellen Einsatz der Bewohner und gegenseitige Aufmerksamkeit", sagte Özkan. Auf diese Weise könne ein subjektives Sicherheitsgefühl entstehen.

Nach Auffassung von Birgitta Radermacher, Regierungspräsidentin im Regierungsbezirk Düsseldorf und ehemalige Polizeipräsidentin in Wuppertal, kann und muss jeder einen

Sicherheit beginnt mit dem Respekt gegenüber Menschen.

Birgitta Radermacher (Regierungspräsidentin Düsseldorf)

Beitrag zur Sicherheit leisten. Sicherheit beginne mit dem Respekt gegenüber Menschen und gegenüber Situationen. "Sicherheit verlangt vom Staat - wegen des Gewaltmonopols - Sichtbarkeit, Durchsetzungsfähigkeit und Transparenz. Sicherheit braucht ein Miteinander", so Radermacher.



Torsten Albig (Mitte), ehem. Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Hamburgs frühere Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach und Hamburgs einstiger Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch.

Als wichtigen Aspekt, der in Deutschland bisher vernachlässigt worden sei, nannte Prof. Jörg Ziercke, ehemaliger Präsident des Bundeskriminalamtes, die kommunale Kriminalpolitik - ein Netzwerk von engagierten Bürgern, Sozialarbeitern, Psychologen, Architekten, Städteplanern, Lehrern sowie kommunaler Stadtverwaltung, Wirtschaft, Polizei und Justiz, alle vereint unter dem gesamtgesellschaftlichen Dach der Kriminalprävention. In diesem Bereich müssten die Ressourcen entsprechend verteilt werden, forderte Ziercke. Es müsse darüber nachgedacht werden, wie die kommunale Kriminalpolitik jetzt weiterentwickelt werden könne.

Kommunale Kriminalpolitik ist in Deutschland bisher vernachlässigt worden.

Prof. Jörg Ziercke (Präsident des Bundeskriminalamtes a.D.)

Sicherheit sei mehr als eine Aufgabe der Polizei, sagte auch Stuttgarts ehemaliger Oberbürgermeister Prof. Dr. Wolfgang Schuster. Vor allem die subjektive Sicherheit sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. "Damit Stuttgart eine der sichersten Großstädte – objektiv und subjektiv - werden konnte, habe ich die Stuttgarter Sicherheitspartnerschaft initiiert, eine systematische Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Polizei und Bürgerschaft." Die Bürgerumfragen zeigten, dass diese Sicherheitspartnerschaft wirke, da sich die Bürger heute erheblich sicherer fühlten.

Die besondere Rolle des Städtebaus betonte zum Abschluss noch einmal Dr. Joachim Wieland, CEO Aurelis Real Estate. Durch gute Stadtentwicklung, die Aktivierung von Brachflächen oder Flächen mit Monostruktur, könne das Sicherheitsempfinden der Bürger erhöht werden. Quartiere



Theatermacher Michael Batz und Friederike Beyer, Geschäftsführerin Beyer PR Event.





Nurhan Soykan, stellvertretende Vorsitzende Von rechts: Robert Heinemann, Managing Director ECE, Polarforscher Arved Fuchs und des Zentralrats der Muslime in Deutschland. Frankfurts vormaliger Planungsdezernent Edwin Schwarz.



Prof. Dr. Willi Alda von der Universität Stuttgart (links) und Jan Bettink, Verwaltungsratsvorsitzender FMS Wertmanagement.



Dr. h.c. Ingrid Mössinger, vormalige Generaldirektorin der Kunstsammlungen Chemnitz.



Kölns ehemaliger Oberbürgermeister



Von links: Prof. Jörg Ziercke, ehem. Präsident des Bundeskriminalamtes, Frankfurts früherer Bürger- Stuttgarts ehemaliger Oberbürgermeister meister Olaf Cunitz und Prof. Dr. Harald Kächele, Bundesvorsitzender der Deutschen Umwelthilfe. Prof. Dr. Wolfgang Schuster.



Teilnehmer am Runden Tisch in Dresden

Burkhard Jung,

Torsten Albig, Ministerpräsident a.D. Schleswig-Holstein Prof. Dr. Willi Alda, Universität Stuttgart Michael Batz. Theatermacher und Szenograf Jan Bettink, Verwaltungsratsvorsitzender FMS Wertmanagement Friederike Beyer, Geschäftsführerin Beyer PR Event Barbara Bosch Oberbürgermeisterin Reutlingen Olaf Cunitz Bürgermeister a.D. Frankfurt a.M. Arved Fuchs, Polarforscher Dr. Monika Griefahn, Umweltministerin a.D. Niedersachsen Dr. Herlind Gundelach, Senatorin für Wissenschaft und Forschung a.D. Hamburg

Robert Heinemann,

Managing Director ECE

Oberbürgermeister Leipzig Prof. Dr. Harald Kächele, Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe Wolfgang Kopitzsch, Polizeipräsident a.D. Hamburg Dr. Eva Lohse, Oberbürgermeisterin a.D. Ludwigshafen, Präsidentin Dt. Städtetag a.D. Dr Andreas Mattner Präsident ZIA Deutschland Dr. h.c. Ingrid Mössinger, Generaldirektorin a.D. Kunstsammlungen Chemnitz Aygül Özkan, Ministerin für Soziales und Integration a.D. Niedersachsen Marcel Philipp, Oberbürgermeister Aachen Matthias Platzeck, Ministerpräsident a.D. Brandenburg Birgitta Radermacher, Regierungspräsidentin im Regierungsbezirk Düsseldorf

Josef Schmid, Bürgermeister München Bärbel Schomberg, CEO Schomberg & Co Real Estate Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma, Oberbürgermeister a.D. Köln Prof. Dr. Wolfgang Schuster. Oberbürgermeister a.D. Stuttgart Edwin Schwarz, Planungsdezernent a.D. Frankfurt a.M. Detlef Sittel Erster Bürgermeister Dresden Nurhan Sovkan. stv. Vorsitzende Zentralrat der Muslime in Deutschland Dr. Michael Vesper, Vorstandsvorsitzender a.D. Deutscher Olympischer Sportbund Prof. Jörn Walter. Oberbaudirektor a.D. Hamburg Dr. Joachim Wieland. CEO Aurelis Real Estate Prof. Dr. Roland Wöller, Innenminister Sachsen Prof. Jörg Ziercke, Präsident Bundeskriminalamt a.D.

mit gemischter Struktur, Gewerbe und Wohnen, erhöhten die soziale Kontrolle. "Solche Quartiere werden als attraktiv und sicher bewertet", so Wieland

Quartiere mit gemischter Struktur werden als attraktiv und sicher bewertet.

Dr. Joachim Wieland (CEO Aurelis Real Estate)

Die Diskussion am Runden habe gezeigt, dass mehr Sicherheit in den Städten nur durch den Fokus auf die Sicherheit in den Quartieren erreicht werden könne, fasste Dr. Andreas Mattner, Vorstandsvorsitzender der Stiftung "Lebendige Stadt" die Debatte zusammen. Nachbarschaft und Beteiligung, aber auch Licht und Sauberkeit seien hierbei die Stichworte. "Das sind genau die Themen, an die unsere Stiftung anknüpft, etwa mit unserer Überlegung zu einem Lichtmasterplan für Quartiere", sagte Mattner.

Weitere Informationen zum Dresdner Runden Tisch sind im Internet zusammengestellt unter: www.lebendige-stadt.de



Sicherheit in der Stadt: Die Ergebnisse der Forsa-Umfrage

Die Stiftung "Lebendige Stadt" hat die forsa Politik- und Sozialforschung GmbH mit einer repräsentativen Befragung zum Thema "Sicherheit in der Stadt" beauftragt. Die Forsa-Umfrage erfolgte im Zeitraum vom 12. bis 15. März 2018. Befragt wurden 1.017 Personen ab 18 Jahren in Deutschland. Die Schwankungsbreite liegt bei drei Prozent.

Aktuelles Sicherheitsempfinden

87 Prozent der Befragten fühlen sich im öffentlichen Raum sicher – davon 29 Prozent "sehr sicher" und 58 Prozent "eher sicher". Dabei fühlen sich Bewohner in kleineren Gemeinden deutlich sicherer als solche in größeren Städten. Während sich in Bayern 46 Prozent "sehr sicher" fühlen, sind es in Nordrhein-Westfalen nur 14 Prozent. Gleichwohl gaben insgesamt 44 Prozent an, sich heute weniger sicher als noch vor einigen Jahren zu fühlen. Nur fünf Prozent fühlen sich heute sicherer als früher. 46 Prozent der Befragten wären bereit, für mehr Sicherheit in ihrer Stadt oder Gemeinde durch höhere Abgaben oder Gebühren mehr zu bezahlen. 45 Prozent wären nicht dazu bereit.

Mehr Engagement für Sicherheit

42 Prozent der Befragten meinen, dass ihre Stadt oder Gemeinde aus-

reichend für Sicherheit sorgt. Vor allem jüngere Menschen und Bürgerinnen und Bürger kleinerer Städte und Gemeinden sowie aus Bavern meinen, dass eher genug getan werde. 45 Prozent der Befragten sprechen sich hingegen dafür aus, dass mehr für Sicherheit getan werden müsse – in Nordrhein-Westfalen sind es sogar 55 Prozent. Auf die Frage, was jeder selbst zu mehr Sicherheit beitragen könne, antworteten die Befragten mit mehr Aufmerksamkeit (21 Prozent), Zivilcourage und Nachbarschaftshilfe (jeweils 15 Prozent).

Verbesserungswünsche für mehr Sicherheit

Die Befragten, die sich mehr Sicherheit wünschen, sprachen sich insbesondere für eine höhere Polizeipräsenz (44 Prozent), ein konsequenteres polizeiliches Durchgreifen (elf Prozent) sowie mehr Polizei- und Verkehrskontrollen (neun Prozent) aus. Neun Prozent wünschen sich eine konsequentere Ausschöpfung des

Strafrahmens durch die Justiz. Nur acht Prozent halten eine bessere Kontrolle bzw. Begrenzung der Zuwanderung für ein probates Mittel für mehr Sicherheit.

Videoüberwachung

Eine große Mehrheit von 87 Prozent der Befragten gab an, dass sie eine Videoüberwachung des öffentlichen Raums (u. a. Plätze, Bahnhöfe, Flughäfen. ÖPNV) für richtig erachten. Nur jeder Zehnte sieht in der Überwachung einen zu großen Eingriff in die Privatsphäre. Mit 53 Prozent ist die Videoüberwachung für mehr als die Hälfte der Befragten sehr wichtig oder wichtig für das subjektive Sicherheitsempfinden. 69 Prozent sagten sogar, dass sie die aktuelle Videoüberwachung für zu gering hielten.

Faktoren für subjektives Sicherheitsempfinden

Fast alle Befragten gaben an, dass für ihr persönliches Sicherheitsempfinden eine ausreichende Beleuchtung von Straßen und Brücken (96 Prozent), eine schnelle Erreichbarkeit von Polizisten (91 Prozent) und ein gepflegtes und sauberes Stadt- und Straßenbild (91 Prozent) "sehr wichtig" oder "wichtig" seien. Von den Befragten, die diese Aspekte für sehr wichtig bzw. wichtig erachten, sind 62 Prozent mit der Beleuchtung bei Dunkelheit und 60 Prozent mit dem Zustand des Stadt- und Straßenbilds "sehr zufrieden" oder "zufrieden". Hingegen halten 66 Prozent die Präsenz von Polizei bzw. Ordnungskräften an ihrem Wohnort für zu gering. Einen Mangel an Polizisten bzw. Ordnungskräften bemängelten vor allem Bürgerinnen und Bürger aus den neuen Bundesländern und Nordrhein-Westfalen. 55 Prozent würden begrü-Ben, wenn es wie in anderen europäischen Staaten neben der Landespolizei eine "Stadtpolizei" mit Ordnungsaufgaben gäbe.

Weitere Statements vom Runden Tisch

Torsten Albig, Ministerpräsident a.D. Schleswig-Holstein:

"Eine Welt, die sich nicht mehr kennt, ist eine Welt, die voreinander Angst hat. Wenn wir Angst haben. fühlen wir uns unsicher. Wir brauchen deshalb Städte, die die Menschen einladen, sich kennen zu lernen."

Jan Bettink, Verwaltungsratsvorsitzender FMS Wertmanagement:

"Sicherheit ist ein Existenzbedürfnis und betrifft alle. Die Herausforderung besteht darin, die Balance zu finden zwischen Freiheit, Sicherheit, Kosten und gefühlten nicht gemessenen - Verbesserungen bei den Bürgern. Mehr Polizei und Justiz reichen nicht. Man muss an die Wurzeln, das kostet Geld. Ein schlechter werdendes Sicherheitsgefühl führt zu politischer Radikalisierung."

Prof. Dr. Willi Alda. **Universität Stuttgart:** Reutlingen:

"Die Erhöhung der Sicherheit kostet vor allem Geld. Viele Sicherheitssysteme sind nach kurzer Zeit überholt. Fazit: Den Aufwand nicht übertreiben. Intelligente Ad-hoc-Lösungen sind gefragt, je bürgernäher, desto besser. Sicherheit vorleben!"

Michael Batz.

Barbara Bosch, Oberbürgermeisterin

"Öffentliche Sicherheit und offene Gesellschaft in Einklang zu bringen – das ist eine Herausforderung besonders auch für die lokale Politik in Städten. Eine lebendige Innenstadt ist ein maßgeblicher Beitrag hierzu, daran tragen der Städtebau, Durchmischung, Quartiersmanagement und eine vielfälti-ge öffentliche Infrastruktur maßgeblich bei."

Friederike Beyer, Geschäftsführerin Beyer PR Event:

"Nach zwei Jahren in der belgischen Hauptstadt: Am Beispiel Brüssel zeigt sich, wie relativ hoch die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden in den deutschen Städten ist. Dennoch ist wohl die wertvollste Handlungsanleitung eine angemessene, moderne und verbesserte IT-Ausstattung der Polizei und Behörden. Neben der Stärkung der Polizei müssen auch die Justiz und ihr Personal gestärkt werden. Ich glaube an ein höheres Sicherheitsempfinden durch eine hocheffiziente kommunale Kriminalitätspolitik."

Olaf Cunitz, Bürgermeister a.D. Frankfurt a.M.:

"In Zukunft werden wir uns noch stärker die Frage stellen müssen, wie resistent – oder umgekehrt. wie verwundbar unsere Städte sind. Was müssen wir tun, um den öffentlichen Raum, aber besonders auch die Verkehrsinfrastruktur und die digitale Infrastruktur sicher zu machen?"

Dr. Monika Griefahn. Umweltministerin a.D. Niedersachsen:

"Wir brauchen Räume der Begegnung, Gemein-schaftlichkeit, Menschen, die Bürger zusammenführen. Das Gefühl von Geborgenheit und Sicherheit hängt auch mit Zugehörigkeit zusammen. Und wenn Regeln gebrochen werden, muss auch der Vollzug der Strafe – Staatsanwaltschaft, Gerichte – erfolgen, nicht nur Polizei."

Dr. Herlind Gundelach, Senatorin für Wissenschaft und Forschung a.D. Hamburg:

"Sicherheit, das zeigt jede Diskussion mit Bürgern, ist für die Menschen das A und O. Er unterscheidet dabei nicht nach gefühlter oder realer Sicherheit. Das menschliche Sicherheitsempfinden ist sehr subjektiv. Zu diesem Sicherheitsempfinden gehört aber nicht nur die innere Sicherheit, sondern auch die soziale Sicherheit, die gesellschaftliche Sicherheit – kurz: ein ganzheitlicher Ansatz. Für den einzelnen ist beides gleichwertig. Gute Bildung und Betreuung, ein gutes Miteinander sowie ein ansprechender und gepflegter öffentlicher Raum – das alles zusammen sorgt

Prof. Dr. Harald Kächele. Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe:

"Der Staat muss dem Gesellschaftsvertrag, den er mit seinen Bürgern geschlossen hat, besser gerecht werden, dabei auch der Zivilgesellschaft den ihr zustehenden Raum geben und Fragen der gerechten Teilhabe bedienen."

Bärbel Schomberg, CEO Schomberg & Co Real Estate:

"Der grundsätzliche Gesellschaftsvertag zwischen Bürger und Staat kann nur dann Bestand haben, wenn der Staat auch die Bürger in die Pflicht nimmt. Bildungspolitik und Sozialpolitik müssen die Voraussetzungen schaffen für Toleranz und Verantwortungsbewusstsein in unserer Gesellschaft."

Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma, Oberbürgermeister a.D. Köln:

"In gemeinsamen Ordnungspartnerschaften müssen alle relevanten Kräfte - Polizei, Stadtverwaltung, Politik und Justiz um die Sicherheit in überschaubaren heimatlichen Quartieren bemüht sein. sollten wir uns daran erfreuen und uns diese Freude durch keinen Terror dieser Welt nehmen lassen."

Edwin Schwarz, Planungsdezernent a.D. Frankfurt a.M.:

"Sicherheit ist ein essentieller Bestandteil unserer Demokratie und muss vom Staat gewährleistet werden - durch das Zusammenwirken aller Kräfte, die in unserem Staat dafür vorgesehen sind. Aber auch alle Bürger müssen sich für die Sicherheit engagieren wenn nötig, sich auch finanziell beteiligen."

Dr. Michael Vesper. Minister a.D.:

"Für die Lebendigkeit einer Stadt, für das Lebensgefühl ihrer Bürgerinnen und Bürger und damit für die Entwicklung von Urbanität ist die innere Sicherheit zwar nicht alles – aber ohne sie ist alles nichts. Sie ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Stadt lebt."





Förderprojekt der Stiftung "Lebendige Stadt": Der Jüdische Campus in Berlin soll eine lebendige Bildungs- und Begegnungsstätte für Menschen jeden Alters werden.



Grünanlage mitten in Manhattan: Jedes Jahr kommen rund 42 Millionen Menschen in den New Yorker Central Park.

Stadtnachrichten



Erster Spatenstich für den Jüdischen Campus in Berlin: Bundesaußenminister Heiko Maas (r.), Rabbiner Jehuda Teichtal (l.) und Dr. Andreas Mattner, Vorstandsvorsitzender der Stiftung "Lebendige Stadt".

Berlin: Spatenstich für Jüdischen Campus

Baubeginn für den neuen Jüdischen Campus in Berlin: Im Beisein von Bundesaußenminister Heiko Maas ist am 10. Juni der erste Spatenstich für den Neubau gesetzt worden. Die Stiftung "Lebendige Stadt" fördert das Projekt. "Mit dem Jüdischen Campus wollen wir eine lebendige Bildungsund Begegnungsstätte für Menschen jeden Alters schaffen", sagt Rabbiner Yehuda Teichtal, Leiter des Jüdischen Bildungszentrums Chadbad Lubawitsch. Der neue Campus entsteht auf einem Grundstück, das direkt an das seit 2007 bestehende Chabad Bildungszentrum in Berlin-Wilmersdorf angrenzt. Kinderkrippe, Kindergarten, Schule, Jugendclub, Sportund Freizeitzentrum sowie ein Saal für Feste – das alles wird der neue Campus in Zukunft unter einem Dach vereinen. Um das Gebäude herum ist eine begrünte Außenanlage mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten geplant. 2020 soll der neue Jüdische Campus eröffnen.

14 NRW-Kommunen wollen Olympia 2032

Olympische Spiele jenseits von Gigantomanie: 14 nordrhein-westfälische Kommunen wollen sich für bodenständige und nachhaltige Sommerspiele 2032 an Rhein und Ruhr bewerben. Mehr als 80 Prozent der benötigten Sportstätten seien bereits vorhanden. Eine landesweite Volksabstimmung zu möglichen Spielen 2032 an Rhein und Ruhr sei in NRW nicht geplant, sagte Ministerpräsident Armin Laschet. Vertreter mehrerer Kommunen betonten, dass die Befürwortung der Bevölkerung der austragenden Städte Voraussetzung sei. Olympia-Bewerbungen von Hamburg und München waren zuletzt am Widerstand der Bevölkerung gescheitert. Die Olympischen Spiele und Paralympics 2032 werden 2025 vergeben. 2023 müsse das Bewerbungsverfahren eingeleitet werden. Bis 2021 müsse der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) über eine deutsche Bewerbung entscheiden. Die letzten Olympischen Spiele in Deutschland fanden 1972 in München statt.

Kulturerbejahr: Offenheit für Vielfalt

Unter dem Motto "Sharing Heritage" (Erbe teilen) hat die Europäische Kommission dieses Jahr erstmals das Europäische Jahr des Kulturerbes ausgerufen. Es lade dazu ein, "der Seele Europas nachzuspüren", sagte Kulturstaatsministerin Monika Grütters zur Eröffnung des Themenjahres. Aus dem Etat der Kulturstaatsministerin werden mit 7,2 Millionen Euro bundesweit 38 Proiekte und Initiativen rund um das Kulturerbejahr unterstützt. Angesichts der Erosion der europäischen Einigung" gelte es, Europa als Wertegemeinschaft zu begreifen. Nur so wecke die europäische Idee jenen Enthusiasmus, der Europa

vor einem Rückfall in Abschottung, Gewalt und Unfreiheit bewahren könne. Nach Grütters Worten müssen vor allem junge Menschen in Europa motiviert werden, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Diese Offenheit für Vielfalt mache Europas Wertegemeinschaft im Kern aus: "Sie ist Ausdruck von Humanität", so Grütters.

Fahrten mit ÖPNV auf Rekordhoch

Busse und Bahnen sind bei den Bundesbürgern gefragt wie nie zuvor. Die Zahl der Fahrten im Linienverkehr stieg im vergangenen Jahr erstmals über die Zahl von 11,5 Milliarden, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. 31,5 Millionen Fahrgäste wurden im Schnitt pro Tag im Nah- und Fernverkehr befördert. Wachstum gab es vor allem bei den Bahn-Unternehmen – im Nahverkehr um 2,4 Prozent auf knapp 2,7 Milliarden Fahrten, im

Fernverkehr um 2,3 Prozent auf 142 Millionen Fahrten.

New York: Central Park wird autofrei

Im New Yorker Central Park dürfen künftig keine Autos mehr fahren. Die Grünanlage mitten in Manhattan ist seit dem 27. Juni komplett für den Verkehr gesperrt. Bereits 2015 hatte Bürgermeister Bill de Blasio den Norden des Parks für Autos geschlossen, einige Verbindungsstraßen im Süden durften an Wochentagen zur Hauptverkehrszeit aber weiter genutzt werden. Jedes Jahr kommen rund 42 Millionen Menschen in den Park.

Alexander Otto erhält DOSB-Preis "Pro Ehrenamt"

Der Unternehmer und Mäzen Alexander Otto ist vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) mit dem Preis "Pro Ehrenamt" ausgezeichnet worden. Über die Alexander-Otto-Sportstiftung unterstützt Otto seit 2006 den Sport in

seiner Heimatstadt Hamburg. Darüber hinaus hat er die Olympia-Bewerbung seiner Stadt, aber auch viele kleinere Projekte gefördert. "Ich freue mich sehr über diese Auszeichnung und widme sie allen Ehrenamtlichen im Sport. Auch zukünftig werde ich die couragierte Arbeit der vielen Ehrenamtlichen unterstützen. Sie sind Garant für einen funktionierenden Breitensport und damit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt", sagte Alexander Otto.



Preisträger Alexander Otto (Mitte) mit DOSB-Präsident Alfons Hörmann (I.) und DOSB-Vizepräsident Walter Schneeloch.



"Lebendige Stadt": Herr Minister Lienenkämper, Ihr Haushaltsplan 2018 kommt als erster nordrheinwestfälischer Etat seit 1973 ohne neue Schulden aus. Bedeutet das, dass überall im Land der Gürtel enger geschnallt werden muss?

Lutz Lienenkämper: Nein. Wir haben drei Ziele gleichzeitig im Blick: Wir konsolidieren, wir investieren und wir modernisieren. Das Konsolidieren war schon im ersten Jahr verbunden mit einem eigenen Einsparbeitrag von rund 130 Millionen Euro. Sparsames Wirtschaften soll zur DNA unserer Regierung werden. So etwas funktioniert nur durch eigene Sparanstrengungen. Aber wir wollen auch Aufsteigerland werden. Um dieses Ziel zu erreichen, investieren wir gezielt in verschiedene Schwerpunktbereiche. Und drittens wollen wir unser Land hinsichtlich der Verwaltung modernisieren und die Digitalisierung vorantreiben. Die "Schwarze Null" fällt einem natürlich nicht in den Schoß. Das muss man wollen.

In welchen Bereichen setzen Sie Schwerpunkte?

Ein Schwerpunkt liegt beispielsweise bei der inneren Sicherheit. Da war Nordrhein-Westfalen im bundesweiten Vergleich ganz weit zurück. Wir haben jetzt mehr Polizeistellen und Polizeiverwaltungsassistenten. Und wir haben die Ausrüstung der Polizei verbessert, Bodycams für Polizisten eingeführt und die Kennzeichnungspflicht für Polizisten abgeschafft. Ein zweiter Schwerpunktbereich ist die Infrastruktur. Wir investieren jetzt wieder mehr in die Landesstraßen und in die Straßenunterhaltung und auch mehr in die Bahn. Alle Verkehrsträger werden letztlich davon profitieren. Das Dritte ist der Bereich Bildung: Hier geht es um mehr Lehrer und bessere Strukturen. Wir werden vor allem auch die au-Berschulische Bildung stärken - im Nachtragshaushalt 2017 etwa mit einem Kita-Rettungsprogramm von 500 Millionen Euro. Und ein weiterer Schwerpunkt: Wir werden bis 2025 einen mittleren Milliardenbetrag in die Hand nehmen, um die Digitalisierung in Nordrhein-Westfalen voranzutreiben.

Die Digitalisierung wird sicherlich auch die Kommunen betreffen?

Die Kommunen wollen sich dem Wandel der Arbeitswelt stellen. Dazu gehört die Digitalisierung der Verwaltung, aber auch weitere Fragen wie zum Beispiel: Welche Folgen hat dieser Wandel für unsere Gewerbegebiete? Was sind die Folgen für unsere Strukturen? Können wir die so aufrechterhalten, wie wir sie jetzt haben, oder müssen wir nicht selber auch ein Stück weit umdenken? Das wird eine große Herausforderung sein, diese Zukunftsaufgaben anzunehmen und auch die richtigen Lösungen für die Kommunen zu finden.

Welche weiteren Herausforderungen sehen Sie auf die Kommunen zukommen?

Die Integration beispielsweise. Sie wird eine Daueraufgabe von Bund, Ländern und Kommunen bleiben. Wir haben als Land 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um konkrete Integrationsaufgaben zu unterstützen. Hier müssen aber vor allem in Berlin die richtigen Weichen gestellt werden. Das Gleiche gilt für den Bereich der Sozialleistungen. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene gibt es dazu gute Ansätze. Deshalb bin ich sehr zuversichtlich.

Wie kommen die Kommunen an aualifiziertes Personal?

Das ist ein Problem, das leider nicht nur die Kommunen haben, sondern die gesamte öffentliche Hand. Bei den Löhnen und Gehältern, die in der Wirtschaft gezahlt werden, können wir nicht mithalten. Wir müssen uns auf andere Faktoren konzentrieren, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Homeoffice-Möglichkeiten sowie auf die Flexibilität, die eine digitalisierte Welt ermöglicht. Ich glaube, auch das Thema der inneren Sicherheit ist ein entscheidender Faktor. Wenn ein Unternehmen beispielsweise einen Programmierer aus einem Drittland anwirbt, dann fragt der sich: "Lebe ich denn da überhaupt sicher?" Das sind alles Dinge, die für die Zukunft eine Rolle spielen. Hier müssen und können wir kreativer und hesser werden



noch weiter gestärkt werden?

und wie könnte es

Bürgerschaftliches Engagement ist ein ganz wichtiger Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält! Wer sich engagiert, macht es ja nicht für sich, sondern für andere. Genau um dieses Gemeinschaftsgefühl geht es. Das ist mindestens genauso wichtig wie die Arbeit, die dabei geleistet wird. Daher fragen wir uns natürlich, wie wir dieses Engagement stärken können. Im Moment habe ich das Gefühl, dass es in diesem Bereich noch zu viel Bürokratie gibt und dass Ehrenamtler durch einfache Maßnahmen entlastet werden könnten. Hier sehe ich politischen Handlungsbedarf. Als Landesregierung werden wir das Thema in Form einer eigenen Initiative auch in den Bundesrat einbringen.

Was motiviert Sie, sich im Stiftungsrat der "Lebendigen Stadt" zu engagieren?

Das waren zwei Dinge: Ich war früher im Stadtrat meiner Heimatstadt Meerbusch Vorsitzender des Planungsausschusses und hatte dort schon viel mit Stadtentwicklung zu tun. Das habe ich unheimlich gerne getan. Im Kabinett von Jürgen Rüttgers war ich Bau- und Verkehrsminister. Thematisch gehörten hierzu auch Stadtentwicklung und Denkmalpflege. Etwa zu dieser Zeit wurde ich gefragt: Könnten Sie sich nicht vorstellen, sich in der Stiftung "Lebendige Stadt" zu engagieren? Da war für mich natürlich klar - das mache ich.

Was macht aus Ihrer Sicht eine lebendige Stadt aus?

Die Vielfalt, die Unterschiedlichkeit und die Tatsache, dass alle neugierig bleiben und auch Veränderungen wollen, um die eigene Stadt nach vorne zu bringen. Nur das Bewahrende, eine Stadt auf dem Status quo zu halten – das macht eine Stadt müde. Nur wenn wir neugierig sind, es besser machen wollen und offen für Veränderungen sind, wird eine Stadt lebendig. Dabei muss sie natürlich vielfältig sein, hinsichtlich der Altersgruppen, der sozialen Herkunft und Schichten, der Berufsgruppen und auch hinsichtlich der weichen Standortfaktoren.

Ein weicher Faktor kann der Fußball sein. Hier in der Stadt ist gerade

Fortuna Düsseldorf in die Bundesliga aufgestiegen. Haben Sie einen Lieblingsverein?

Ja, ich bin schon seit meiner frühen Kindheit bekennender Fan von Schalke 04 und sogar Mitglied in einem Fanclub. Ich freue mich aber auch, wenn Fortuna Düsseldorf eine gute Rolle spielt. Das Gleiche gilt auch für Paderborn und Köln.

Nordrhein-Westfalen möchte sich um die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2032 bewerben. Werden wir 60 Jahre nach den Spielen von München wieder olympische Wettkämpfe in Deutschland erleben?

Die Olympischen Spiele würden sehr, sehr gut zu Nordrhein-Westfalen passen. Wir haben nachhaltige Konzepte, die schon fast stehen. 80 Prozent der Sportstätten, die wir brauchen würden, sind schon da. Die Wege sind kurz zwischen den einzelnen Stadien. Damit sind die grundsätzlichen Voraussetzungen schon einmal gut.

Und die Finanzierung wäre auch gewährleistet?

Wir hätten ein Konzept der Nachhal-

auch das Neugebaute dauerhaft nutzbar ist. Wenn wir es so machen,

ist es eine Infrastrukturinvestition in

das Land Nordrhein-Westfalen. Das

Ich glaube, ein solches Großereignis trifft nur dann auf eine breite öffentliche Unterstützung, wenn es schon

im Bewerbungsverfahren eine erkennbare Begeisterung gibt. 2032 kann ich seriös natürlich noch nicht vorhersagen. Aber die Lehre aus vergangenen Bewerbungen, nicht nur in Deutschland, ist, dass diese nur mit einer gro-Ben Begeisterung und Unterstützung getragen werden können. Und die scheint mir im Moment vorhanden.

Vita

Lutz Lienenkämper wurde 1969 in Köln geboren. Er studierte Rechtsund Staatswissenschaften in Bonn und arbeitete als Rechtsanwalt. Seit 1988 ist er Mitglied der CDU und seit 2005 Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen. 1993 bis 2009 gehörte Lienenkämper dem Rat der Stadt Meerbusch an, 2004 bis 2009 war er außerdem Mitglied im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss. Von März 2009 bis Juli 2010 war Lienenkämper Minister für Bauen und Verkehr in NRW. 2010 bis 2012 bekleidete er das Amt des stellver-

tretenden Vorsitzenden der CDU-

er Parlamentarischer Geschäfts-

führer. Seit 30. Juni 2017 ist Lutz

des Landes NRW. Seit 2010

"Lebendige Stadt" an.

gehört er dem Rat der Stiftung

Lienenkämper Minister der Finanzen

Landtagsfraktion, 2012 bis 2017 war









Das Orangerieschloss im Park Sanssouci ist Schauplatz der diesjährigen Stiftungspreis-Verleihung.

Rechts: Der Stiftungskongress findet in der "Biosphäre" statt.



Kongress 2018:

Die klimafreundliche Stadt

Wie funktioniert intelligentes Verkehrsmanagement? Wie machen Städte den ÖPNV zukunftsfähig? Wie geht Abfallvermeidung durch "Cradle to Cradle"? Auf dem diesjährigen Kongress der Stiftung "Lebendige Stadt" in der "Biosphäre" in Potsdam dreht sich am 20. September alles um "Die klimafreundliche Stadt". Der Stiftungspreis zum Thema "Die digitalste Stadt" wird am Vorabend der Konferenz im Orangerieschloss verliehen.

■ ochkarätige Fachreferenten aus Kommunen, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft werden auf der Potsdamer Städtekonferenz die Herausforderungen und Chancen einer klimafreundlichen Stadtentwicklung erörtern", so Alexander Otto, Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung "Lebendige Stadt". Zu den Referenten zählen u.a. Bundesumweltministerin Svenja Schulze, Niedersachsens ehemalige Umweltministerin Dr. Monika Griefahn, der Präsident der Deutschen Umwelthilfe, Prof. Harald Kächele, sowie Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs, Flensburgs Oberbürgermeisterin Simone Lange, Freiburgs ehemaliger OB Dr. Dieter Salomon, Dortmunds OB Ullrich Sierau und OB Dr. Lutz Trümper aus Magdeburg.

"Im Mittelpunkt des Kongresses stehen der kommunale Know-how-Austausch und die Präsentation von Best-Practice-Konzepten für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Stadtentwicklung", sagt Dr. Andreas Mattner, der als Vorstandsvorsitzender der Stiftung "Lebendige Stadt" durch das Konferenzprogramm füh-

Als Schauplatz für den Städtekongress 2018 hat die Stiftung mit der "Biosphäre" in Potsdam wieder einen ganz besonderen Veranstaltungsort ausgewählt. Die Dschungellandschaft mit über 20.000 prächtigen Tropenpflanzen und vielen exotischen Tieren sowie einem stündlichen Gewitter mit Blitz und Donner versetzt die Besucher in eine ferne Welt. Die Rei-



se beginnt am Wasserfall, führt über verschlungene Pfade zum Schmetterlingshaus bis auf den Höhenweg, der sich in den Baumkronen der bis zu 14 Meter hohen Bäume befindet. Direkt an die Naturerlebniswelt der Biosphäre grenzt die große Eventhalle an - mit einem großen Baum- und Efeuwall, Palmen und riesigen Glasfronten zum Tropengarten.

Stiftungspreises

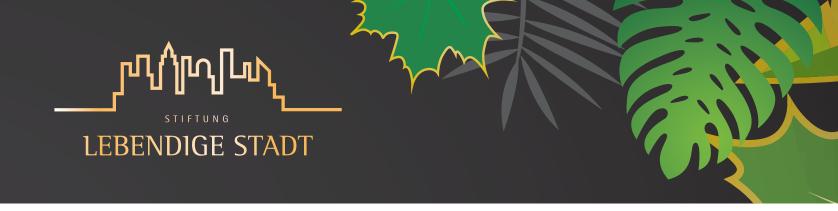
Am Vorabend der Konferenz, am 19. September 2018, verleiht die "Lebendige Stadt" im Orangerieschloss im Potsdamer Park Sanssouci ihren mit 15.000 Euro dotierten Stiftungspreis. Der diesjährige Wettbewerb steht

unter dem Motto "Die digitalste Stadt". Redner und Laudatoren sind u.a. der Architekt und Juryvorsitzende Kaspar Kraemer, Brandenburgs Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke sowie sein Amtsvorgänger Matthias Platzeck.

Alle weiteren wichtigen Informationen zum Potsdamer Stiftungskon-

gress "Die klimafreundliche Stadt" sowie das detaillierte Programm mit allen Referenten und Themen finden Sie auf den folgenden Seiten dieser Journalausgabe sowie im Internet auf der Stiftungs-Homepage unter: www.lebendige-stadt.de





9:30 Get-together

10:00 Begrüßung & Gesamtmoderation



DR. ANDREAS MATTNER
Vorstandsvorsitzender
der Stiftung "Lebendige Stadt"

10:10 Grußwort



JANN JAKOBS Oberbürgermeister der Stadt Potsdam

10:20 Impulsreferat



DR. ROBERT HABECK Bundesvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

10:40 Ihr habt es in eurer Hand – was kann man in den Kommunen erreichen?



SVENJA SCHULZE
Bundesministerin für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit

11:00 Kommunikations- und Kaffeepause



11:40 Wie machen Städte den ÖPNV zukunftsfähig?



JÜRGEN FENSKE Präsident Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V.

12:00 Intelligentes Verkehrsmanagement – aber wie geht das?



ALEXANDRA HILS
Head of Innovation Germany
Cisco GmbH

im Gespräch mit



12:20

DR. LUTZ TRÜMPER Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg

Podiumsdiskussion: An die Wurzel des Problems gehen – Cradle to Cradle – Abfallvermeidung – Energiebetrachtung beginnt nicht erst mit fertigen Gebäuden

Eingangsstatement & Moderation:



DR. MONIKA GRIEFAHN Ministerin a. D., Cradle to Cradle e. V.



PROF. HARALD KÄCHELE Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe e. V.



HERWART WILMS
Mitglied der Geschäftsleitung
REMONDIS Assets & Services und
Vizepräsident des BDE (Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V.)



14:10 Ankündigung Kongress 2019



ALEXANDER OTTO
Kuratoriumsvorsitzender
der Stiftung "Lebendige Stadt"

Was können wir lernen von ...

14:20 ... dem EUREF-Campus Zollverein in Essen?



REINHARD MÜLLER Vorstand EUREF AG

14:40 ... deutschen Klimaquartieren?



OLAF CUNITZ
Bürgermeister und
Planungsdezernent a. D.,
Frankfurt/Main



DR. KATRIN LEONHARDT Bereichsleiterin "Individualfinanzierung & öffentliche Kunden" KfW IPEX-Bank



RAINER SCHLICHTMANN
Bürgermeister
der Samtgemeinde Harsefeld

15:15 Klartext: Die Oberbürgermeister-Runde



SIMONE LANGE Oberbürgermeisterin der Stadt Flensburg



DR. DIETER SALOMONOberbürgermeister a. D. der Stadt Freiburg



ULLRICH SIERAU Oberbürgermeister der Stadt Dortmund

6:00 Kongressende



ANMELDUNGEN UNTER: LEBENDIGE-STADT.DE

DIE TEILNAHME IST FÜR REPRÄSENTANTEN DER ÖFFENTLICHEN HAND KOSTENFREI



Quartier Vauban in Freiburg im Breisgau ist teilweise autofrei.

Wohnen und Mobilität zusammen denken

Die Stiftung "Lebendige Stadt" widmet sich zusammen mit der Hamburger Hochbahn AG und dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen VDV dem Thema Wohnen und Mobilität. Dazu haben die drei Partner die TU Hamburg beauftragt, in einer Studie zu untersuchen, welche Parkraumkonzepte in verschiedenen Wohngebietstypen von Großstädten angemessen sind und welche wohnortbezogene Mobilitätskonzepte als Alternative zum privaten Pkw-Besitz eine Anpassung von Stellplatzschlüsseln unterstützen. Daraus sollen konkrete Handlungsempfehlungen für Kommunen entwickelt werden.

er private Pkw steht als Symbol für Mobilität, die als Möglichkeit zum Zurücklegen von Wegen definiert ist. Gleichzeitig sind die Fahrzeuge aber im Schnitt nur eine Stunde am Tag in Bewegung. Für die restliche Zeit werden sie oft da abgestellt, wo sie am meisten stören: in Wohngebieten. Zugeparkte Straßenränder und das vorgelagerte Suchen nach einem Parkolatz beeinträchtigen die Qualität des öffentlichen Raums. Straßen und Plätze dienen aber nicht nur dem Autoverkehr. Sie sind auch Bewegungs- und Aufenthaltsraum, Spielfläche und Schulweg, bieten Platz für Gastronomie, Nachbarschaft und Grünanlagen.

In deutschen Großstädten kamen im Jahr 2017 auf tausend Einwohner ca. 450 Fahrzeuge. Der Vorschlag des Umweltbundesamtes, die Fahrzeugdichte auf 150 je 1.000 Einwohner zu reduzieren, klingt dagegen sehr ambitioniert. Doch er liefert den Gedankenanstoß dafür, dass eine lebenswerte Stadt mit mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum nur mit einer geringeren Zahl von Pkw möglich sein wird. Individuelle Mobilität mit dem Auto ist durch wachsende Car- und Ridesharing-Angebote künftig immer häufiger auch ohne eigenes Fahrzeug möglich. Weil das Zuhause Start- oder Zielpunkt der meisten Fahrten ist, gibt es nun den Trend, Mobilität und Wohnungsbau zusammenzudenken. Den Bewohnern soll eine Auswahl für unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse bereitgestellt werden. Bei Neubauprojekten und Nachverdichtungen in Großstädten kommen deshalb integrierte Mobilitätskonzepte sowie räumlich differenzierte Stellplatzregelungen ins Spiel.

Seit der Reichsgaragenordnung von 1939 gibt es in Deutschland eine Stellplatzverpflichtung im Neubau. Die Landesbauordnungen verpflichten zum Bau von Parkplätzen für Bewohner auf dem Grundstück, um den Straßenraum von parkenden Autos zu entlasten. Dieser Grundgedanke ist im Prinzip richtig, wird aber in seiner konkreten Umsetzung zunehmend hinterfragt. Denn in Großstädten wie Hamburg oder München be-

sitzt jeder dritte Haushalt kein Auto, in Berlin sogar fast jeder zweite. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die bislang geforderte Ausweisung von häufig einem Stellplatz je Wohnung trifft diese Situation allerdings nicht. Zudem wird die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum erschwert. Die Kosten für eine Tiefgarage betragen bis zu 10 Prozent der Baukosten im Wohnungsneubau. Bei einem Stellplatzschlüssel von 1,0 liegen die zusätzlichen Kosten bei ca. 300 Euro je Quadratmeter Wohnfläche.

Zahlreiche Bundesländer haben inzwischen ihre Regelungen geändert. Die Stadtstaaten Berlin und Hamburg haben die Verpflichtung zum Stellplatzbau für den Wohnungsbau gänzlich abgeschafft, so dass dort die Bauherren selbst entscheiden, wie viele Stellplätze gebaut werden. In anderen Bundesländern haben die Kommunen die Möglichkeit bekommen, eigene Stellplatzsatzungen aufzustellen. Bislang ist aber kein Standard zur differenzierten Abschätzung von Stellplatzwerten etabliert. Vor Ort wird häufig die Befürchtung geäußert, dass ein geringeres Stellplatz-Angebot den öffentlichen Raum zusätzlich belastet. Neue Bewohner könnten mehr Autos mitbringen, als Stellplätze zur Verfügung

Die Erfahrungen in Hamburg seit der Aufhebung 2014 zeigen, dass auch ohne gesetzlichen Zwang in einem angemessenen Umfang Stellplätze hergestellt werden. Investoren nennen den hohen Parkdruck in den Gebieten als Motiv. In der Regel werden dabei mehr Stellplätze für Eigentumswohnungen geplant, bei Mietwohnungen und besonders im geförderten Wohnungsbau wird differen-

zierter entschieden. Die Entscheidungsspielräume werden von Seiten der Projektentwickler positiv gesehen. Zugleich wird ein Wert von 0,8 Stellplätzen je Wohneinheit kaum noch erreicht und die Zahlen sind räumlich stärker differenziert. In einigen Stadtentwicklungsprojekten werden inzwischen nur noch 0,4 bis 0,6 Stellplätze pro Wohnung realisiert und mit quartiersbezogenen Mobilitätskonzepten kombiniert.

Die bisherigen starren Regelungen können solch individuelle Lösungen nicht ermöglichen. Eine vollkommene Freigabe wie in Hamburg und Berlin führt aber nicht zwangsläufig zu geringeren Stellplatzzahlen und bedeutet die Aufgabe eines steuernden Instruments. Eine moderne kommunale Stellplatzsatzung sollte den Wohnungsbau erleichtern und mit verkehrsplanerischen Funktionen kombinieren. Mindestens sollten Planern und Investoren Empfehlungen auf der Basis empirisch gesicherter Erkenntnisse an die Hand gegeben werden.

Als Kriterien für einen angepassten Stellplatzschlüssel könnten die Lage, die Anbindung an den öffentlichen Verkehr, die sozioökonomische Struktur der Bewohner, der Parkdruck in der Umgebung und das Vorhandensein eines Mobilitätskonzeptes eingehen. Eine weitere Option ist die Einführung einer maximalen Stellplatzanzahl. Einige Stellplatzsatzungen, wie zum Beispiel aktuell die Musterstellplatzsatzung in NRW, enthalten bereits solche Überlegungen.

Neubauvorhaben in Großstädten sollten besonders in verdichteten Lagen ein Mobilitätskonzept beinhalten. Da viele am eigenen Auto besonders die individuelle Art der Fortbe-



Zum Konzept des Quartiers Vauban in Freiburg gehört eine Ökostrom-Tankstelle für Elektrofahrräder und Roller.

wegung schätzen, muss diese weiterhin gewährleistet sein. Es sollte immer ein gutes Carsharing-Konzept vorhanden sein, das ein Auto rund um die Uhr verfügbar und innerhalb weniger Minuten erreichbar macht. Einige neuere Bauprojekte haben private Carsharing-Stellplätze direkt vor der Haustür. Auch private Mitfahrangebote oder Shuttle-Dienste, die per App organisiert werden, werden unter dem Namen Ridesharing bald weiter verbreitet sein. Stellplätze für private Pkw können in öffentlichen Quartiersgaragen am Gebietseingang den Innenbereich von fahrenden und parkenden Autos freihalten. Da diese in der Regel ähnlich weit entfernt sind wie die nächste Haltestelle, unterstützen sie zudem den Umstieg auf den ÖPNV. Um auch die Elektromobilität zu fördern, sollten mit jedem Projekt neue Lademöglichkeiten

Damit sich mehr Bewohner im Alltag für das Fahrrad entscheiden, müssen bessere Radabstellanlagen in Wohngebäuden vorgesehen werden. Dabei ist es nicht ausreichend, genügend Stellplätze anzubieten. Diese müssen vor allem bequem erreichbar und vor Diebstahl und Witterung geschützt sein. Zusätzliche Elemente von Mobilitätskonzepten für Wohnquartiere können Fahrradleihsvsteme. Bewohnertickets für den ÖV, Anlieferungskonzepte oder Parking-Apps zum Finden freier Stellplätze sein. Das Zufußgehen wird indirekt gefördert, wenn durch Reduzierung von parkenden Fahrzeugen attraktivere und sicherere öffentliche Räume entstehen.

Ein Umzug ermöglicht dem Einzelnen immer auch die Veränderung des Mobilitätsverhaltens. Schon die Entscheidung für den neuen Wohnort kann mitunter durch die eigenen individuellen Mobilitätspräferenzen motiviert sein. Wohn- und Mobilitätskostenrechner gibt es heute in Hamburg, Berlin und München und können die Wahl erleichtern. Nach dem Einzug können Neubürgerpakete auf die neuen Optionen hinweisen und Schnuppertickets den ÖV attraktiv machen. Eine gute Kommunikation der Alternativen von Beginn an ist zentral für das Gelingen solcher Konzepte.



Ein Labor für neue Wohnideen

leben?"

Anlässlich des 100-jährigen Bauhausjubiläums 2019 lädt die gemeinnützige tinybe GmbH Künstler ein, Haus-Skulpturen zu entwerfen. Die Stiftung "Lebendige Stadt" unterstützt das Projekt "Tinybe Sculpture Village", das in Berlin auf dem ehemaligen Flughafen Tempelhof seinen Anfang nimmt.

nutzt werden?" Auch die städtebauli-

che Bedeutung solle im Fokus stehen.

Wo verlaufen die Grenzen zwischen

Privatsphäre und Öffentlichkeit? Wie

privat, halböffentlich und öffentlich

kann oder sollte eine Skulptur sein?

Wie schafft es eine Skulptur, zu be-

eben in einer Riesenseifenblase, Saalfrank. Der Hintergrund für das in einer Hausschaukel oder in "Tinybe"-Dorf ist die 1,2 Kilometer Luftiger Höhe in einem Stelzenlange Gebäudeflucht des Tempelhohaus: Im Ehrenhof, vor dem Hauptfer Flughafens, Saalfrank: "Wir spieeingang des alten Tempelhofer Fluglen natürlich mit dem Kontrast von hafengebäudes, wird ab Juni 2019 Kleinteiligkeit und gigantischer Arneues Wohnen ausprobiert. Hier siechitektur. Außerdem: Tempelhof delt sich das "Tinybe Sculpture Villakennt jeder, der Ort ist sehr populär. ge" an und ist einen Sommer lang Hier entwickelt sich gerade ein ange-Bühne zum Thema "Wie wollen wir sagter Hotspot, es entsteht ein Kultur- und Bürostandort neben dem Tempelhofer Feld, das unter anderem "Tinybe", zusammengesetzt aus "tizum Drachensteigen und Skaten einny" (klein) und "be" (sein), ist eine lädt. So können wir sehr viele Ziel-

> Die Haus-Skulpturen beleben künstlerisch öffentliche Plätze und sollen im öffentlichen Raum gleichzeitig Labor sein. Laut Kuratorin Saalfrank geht es nicht nur um das Zusammenspiel von Form und Funktion: "Wir wollen die Frage untersuchen: Welche visionäre Funktionen könnte ein Haus haben? Wie kann eine Skulptur räumlich, also innen und außen, ge-

gruppen miteinander verbinden."

Rückzug braucht ein Grundriss, wie

Rund um das "Tinybe Sculpture Village" werden Studierende ein Garten-Theater gestalten, das ein öffentliches Forum beherbergt und in dem Veranstaltungen stattfinden. Die Häuser sind tagsüber frei zugänglich und können nachts zum "Probewohnen" bezogen und wie ein Hotelzimmer angemietet werden. Alle sind mit einem Sanitätsmodul ausgestattet. Der Skulpturenpark wird ab Juni 2019 für drei Monate in

viel Begegnungsfläche?", nennt die

Kuratorin einige Fragestellungen. Der

Grundriss mit Wohnen, Essen, Schla-

fen löse sich nach und nach auf. "Wie

werden die Rückzugsbedürfnisse des Einzelnen mit der gleichzeitigen

Sehnsucht nach einem Leben in der



Berlin aufgebaut.







Vor dem alten Berliner Flughafen Tempelhof 2019 das "Tinybe Sculpture Village" ein Dorf in der Stadt mit mobilen Haus-Skulpturen, die von Künstlern entworfen werden. Links: So könnten die Skulpturen aussehen – Beispiele aus Karlsruhe und Aarhus.

Die Tram als Erfolgsmodell: Zürich hat das drittheste Verkehrssystem der Welt

VON ANDREA PEUS

Vorfahrt für die Bahn

Zürich hat eines der besten Verkehrssysteme der Welt. Auf der Suche nach den Gründen für dieses Mobilitätsmirakel kommen Fachleute aus allen Kontinenten in die Schweiz.

■igentlich erwartet man auf Zürichs Straßen viele teure, leis-tungsstarke Sportwagen und Luxuslimousinen. Doch weit gefehlt. Statt Abgaswolken weht Einheimischen und Besuchern der Stadt am Zürichsee nur frische See- und Alpenluft um die Nase. Und noch etwas fällt auf: Es ist still in der größten Stadt der Schweiz. Lediglich die Stra-Benbahnen rumpeln eng getaktet die Uferpromenade entlang.

Tatsächlich wirkt die Schweizer Finanzmetropole eher wie ein nettes Dörfli – und das aus einem einfachen Grund: Es gibt kaum Autos. Die Züricher legen gerade mal ein Viertel ihrer Wege mit ihrem Auto zurück, ansonsten nutzen sie die Straßenbahn. Das gilt selbst für Bankdirektoren und Anwälte. Mit dem Rolls Royce zum Paradeplatz? Undenkbar! Dass die Tram dabei so wohnlich und sauber ist, wie sie vermutlich nur in der Schweiz sein kann, muss kaum erwähnt werden.

Deutsche Städte sind davon trotz aller Bemühungen und Pläne noch weit entfernt. Mit 58 Prozent der zurückgelegten Wege dominiert dort immer noch das Auto die Mobilität. Danach kommen die Fußgänger, dann die Radfahrer und erst dann der öffentli-

28

che Nahverkehr. Grund hierfür ist vor allem eine jahrzehntelange Verkehrs-

politik, die immer dem Straßenbau

den Vorrang gab.

Nicht so in Zürich. In der Finanzmetropole war schon früh die Mehrheit der Anwohner für die Bahn und gegen das Auto. Eine entscheidende Rolle spielte hierbei sicherlich der damalige Stadtrat Ruedi Aeschbacher. Einst Autonarr und Ferrari-Fahrer, ließ er seinen Sportwagen kurzerhand in der Garage stehen und stieg voller Überzeugung auf sein Dienstaus- und die Straßen zurückzubauen.

Ein Ort zum Genießen:

der Sechseläutenplatz vor

Über vier Wahlperioden – von 1978 bis 1994 – unterstützten die Züricher Wähler den Anti-Auto-Kurs, Mit dem Ergebnis, dass die Stadt heute über ein robustes Bahnsystem verfügt. Und dazu gehören nicht nur die gemütlich sauberen Straßenbahnen in der Züricher Innenstadt, sondern auch ein ebenso zuverlässiges S-Bahn-System im Umland. Im internationalen "Smart-Cities-Index 2017" konnte sich Zürich, nach Singapur und Taipeh, aktuell wieder als die nachhaltigen Normalzustand angekommen". Am Ziel ist man deswegen aber noch lange nicht. Der Bahnverkehr soll auch weiterhin verbessert und ausgebaut werden. Bis 2025 will man den Autoverkehr dann sogar auf 20 Prozent reduziert haben. Davon profitiert die Innenstadt.

Denn wo es weniger Autos gibt, braucht es auch kaum Parkolätze. Was bleibt ist: mehr Platz zum Leben und Genießen. Ein schönes Beispiel ist der Sechseläutenplatz vor dem Opernhaus, 15,000 Quadratmeter freie Fläche! Das ist großzügig. Stadt in den Platz, der mit hochwertigem Quarzit aus dem Valsertal belegt ist und den Blick über den Zürichsee und die dahinter liegenden Alpen schweifen lässt. Darauf ein paar Duzend Stühle, importiert aus dem Jardin du Luxembourg in Paris, von denen keiner angekettet ist. Jeder Besucher bestimmt selbst, wo er auf diesem urbanen Parkett verweilen möchte. Zugegeben, auch das gibt es vermutlich nur in der Schweiz. Doch die Erkenntnis nimmt

17 Millionen Franken investierte die

Während "Tinyhouses" als kleinste Form eines Wohngebäudes vor allem als mobile Wohnform aus den USA bekannt sind, geht es hier um Haus-Skulpturen. "Nicht die Größe und Funktion eines Hauses steht an erster Stelle", sagt Kuratorin Cornelia Saalfrank. "Meine Hoffnung ist, dass die Künstler mit experimentellen Ideen und Visionen kommen. Ich hoffe, überrascht zu werden", so Saalfrank. Gleichzeitig greift die mobile Idee der Minihäuser: Die Entwürfe müssen nicht alle auf Rollen stehen, doch sie sollten leicht abbaubar und transportabel sein im Straßenverkehr. Nach dem Auftakt sollen die Skulpturen nämlich auf Wanderschaft gehen - in andere Städte und Länder.

Ausstellung im öffentlichen Raum,

ein Dorf in der Stadt, das neun kleine,

mobile Haus-Skulpturen von neun

internationalen Künstlern versam-

melt. Jeweils 30 Quadratmeter groß,

temporär bewohnbar zum Übernach-

ten, Träumen, Arbeiten und Denken.

Was in dicht besiedelten Stadtzen-

tren wie Tokio normal ist, platzspa-

rend in einem Minihaus zu leben,

wird nun auch in Deutschland öfter

ausprobiert. Dabei sind alle Beteilig-

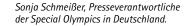
ten auf die interdisziplinären Impulse aus Malerei, Bildhauerei, Performance, Film, Multimedia bis hin zu

Klang- und Lichtkunst gespannt.

Die Kuratorin Cornelia Saalfrank aus Wiesbaden und Co-Kuratorin Katrin Lewinsky aus New York recherchieren seit zwei Jahren für das Projekt. Es gibt keine Ausschreibung wie bei der Documenta in Kassel oder auf der Biennale in Venedig: "Wir haben 200 Künstler aus aller Welt für unsere

fahrrad um. Mit "Schwellen-Ruedi", Stadt mit dem weltweit drittbesten man als Besucher mit: Es sind vor ldee gefunden. Wir filtern, indem wir allem Plätze wie diese, die einer inhaltlich Schwerpunkte setzen zum so sein Spitzname, der auf die Vorlie-Verkehrssystem behaupten. Thema Nachhaltigkeit, zum Bauhaus, be des Stadtrats für Stolperschwellen Stadt Grandezza verleihen. Da kann jeder Porsche getrost in der Garage zur sozialen Interaktion in der Konals Tempodrosselung anspielte, be-Zürich, heißt es bei den Verkehrsbegann die Stadt, das Schienennetz zeption oder auch zum Ort", sagt trieben der Stadt, sei heute "in einem







Trainingsleiter Jürgen Dufner (mit Hut), umringt von Athleten, ist zum dritten Mal dabei "Es ist wie eine Sucht im positiven Sinn."

VON CORINNE SCHMID

Süchtig nach Special Olympics

4.600 Athleten haben sich bei den "Special Olympics Kiel 2018" in 19 Sportarten gemessen. Mit Trainern, Helfern, Betreuern und Familienmitgliedern besuchten insgesamt rund 13.500 Teilnehmer das Sportfest für Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung. Neben Leichtathletik standen Sportarten wie Tischtennis, Beach-Volleyball oder Kanu auf dem Programm. Weltweit ist die Sportbewegung Special Olympics heute mit fünf Millionen Athleten in 170 Ländern vertreten.

ike Schwenke ist schon nervös. "Ich will gewinnen", sagt der 20-Jährige, bevor er zum 400-Meter-Lauf startet. "Ich mache dieses Jahr Fünfkampf", erklärt der Athlet aus Bremen, der das Down-Syndrom hat. Bei den "Special Olympics Deutschland" ist er zum dritten Mal dabei, Fünfkampf gibt es zum ersten Mal als Disziplin. "Wichtig ist: Die Kraft einteilen", gibt Athletensprecher Werner Wiedemann den Sportlern mit auf den Lauf. Der 44-Jährige mit geistiger Behinderung ist dieses Mal Co-Trainer und nimmt gleichzeitig an den Spielen teil. "Sein eigenes Tempo laufen", betont er nochmals, "darauf kommt's an." Und auf den kommunikativen Austausch zwischen den Sportlern.

Gewinnen wollen die Athleten natürlich trotzdem. Bei den Special Olympics haben sie die Möglichkeit: "Die Wettbewerbe finden in verschiedenen Leistungsgruppen statt", erklärt Sonja Schmeißer, seit zehn Jahren Presseverantwortliche der Spiele, "so hat jeder echte Gewinnchancen." Auch am vorletzten Veranstaltungstag wirkt sie immer noch tiefenentspannt. "Ich habe einen Traumjob", betont Schmeißer. "Wir können so

viel bewegen." Vor ein paar Jahren fragten Journalisten sie zum Beispiel noch: "An welchen Betreuer kann man sich denn wenden?" Heute wenden sich die meisten selbstverständlich direkt an die Athleten. "Zu dieser Entwicklung haben wir maßgeblich beigetragen", freut sie sich. Sie spricht sogar von einem "Special-Olympics-Virus" - im positiven Sinn.

"Die umwerfende Laune ist ansteckend", bestätigt Jürgen Dufner das Gefühl. Normalerweise arbeitet er in leitender Funktion bei einem global führenden Technologieunternehmen in Baden-Württemberg. "Die Firma ist seit 19 Jahren Partner der Special Olympics – und ich bin zum dritten Mal dabei als Freiwilliger", sagt der Badener. 150 Mitarbeiter dürfen jedes Jahr mit. Was hat das Unternehmen davon? "Manche lassen ihre Manager in einem Workshop übers Feuer springen", gibt er ein schräges Beispiel. "Echtes Engagement findet man eher hier." Es gab mehr Bewerbungen als Plätze. "Ich hatte Glück", so Dufner. Unterkunft und Fahrt zahlt das Unternehmen, doch seinen Urlaub gibt er freiwillig dafür her. "Ich bin süchtig nach den Special Olympics. Ich zehre ein halbes Jahr von

meiner Tätigkeit hier. Wenn ich Stress im Job habe, denke ich an die Zeit hier. Es kommt so viel zurück!"

Bei den Special Olympics in Kiel ist Dufner Trainingsleiter. Und er hat alle Hände voll zu tun. Er hilft Mike Schwenke beim Anziehen der Stollenschuhe und spricht all seinen Athleten vor dem Wettkampf Mut zu. Alle geben beim 400-Meter-Lauf ihr Bestes. Mike gewinnt in dieser Disziplin zwar keine Medaille, freut sich aber für Christoph Brügge, der Gold holt. Brügge war sogar schon bei den internationalen Special Olympics als Teilnehmer mit dabei: "In Los Angeles war ich Viertbester", erzählt er stolz.

Die internationalen Special Olympics finden alle vier Jahre statt. Nach Los Angeles 2015 ist im kommenden Jahr Abu Dhabi Gastgeber. "Wir bewerben uns für die Weltspiele 2023", berichtet Sonja Schmeißer. Christoph Brügge muss sich nicht bewerben. Er hat sich gerade qualifiziert: "Wir sind dabei - in Abu Dhabi!" Wir? "Ja. Mike ist auch dabei", verrät Athletensprecher Wiedemann. "Beim Fünfkampf zählen alle Disziplinen." Mike Schwenke ist außer sich vor Freude.





Traumkulisse Kieler Förde: Neben Beach-Volleyball bietet die Landeshauptstadt ein vielfäl-



Für diesen Lauf gibt's Gold: Christoph Brügge liebt den Fünfkampf.



Beim Weitsprung macht Tim Kollberg keine halben Sachen, Rennen und Staffellauf stehen bei ihm auch auf dem Programm.



Andreas Soijka (I.) und Thorsten Kowalsky aus Fellbach bei Stuttgart holten ihre Medaillen



Siegerehrung: Die Stimmung auf den Bühnen der Special Olympics Kiel steckt an. "Der Sport, das Drumherum, andere kennenzulernen und wiederzusehen ist großartig", sagt

Andrea Huber, die aus Tübingen hergekommen ist.





VON JOACHIM GÖRES

Dänemark als Vorbild

Eine Bibliothek auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten besuchen und Bücher ausleihen – obwohl kein Personal anwesend ist? Das gibt es. "Open Library" heißt das Konzept und kommt aus Dänemark. Jetzt testen auch in Deutschland immer mehr Büchereien diesen modernen Service.

enstags und donnerstags, 11 bis 13 Uhr und 14 bis 18 Uhr. Das sind die regulären Öffnungszeiten der Bücherhalle Hamburg-Finkenwerder. Seit Ende 2014 können hier Leser auch außerhalb dieser Zeiten in den Regalen stöbern, im Internet surfen und Bücher an der Selbstverbuchungsanlage ausleihen – die erste öffentliche Bibliothek in Deutschland, die genutzt werden kann, ohne dass Mitarbeiter anwesend sind. Der Leseausweis wird zur Chipkarte, mit der angemeldete Leser ab 18 Jahren die kleine Bibliothek im Süden Hamburgs betreten können, zusätzlich mittwochs und samstags von 8 bis 20 Uhr sowie dienstags und donnerstags jeweils zwei Stunden

"Die meisten schätzen den persönlichen Kontakt und kommen zu den üblichen Zeiten", sagt Christina Neu-

stadt, Leiterin der Bücherhalle Finkenwerder. Durch das neue Angebot wurden 2017 gegenüber dem Vorjahr die Entleihungen um 3.000 auf 66.000 Medieneinheiten gesteigert, entgegen dem Trend. Neustadt: "Wir haben vor allem ehemalige Kunden von uns neu erreicht, die heute wegen ihrer Arbeit nur nach 18 Uhr oder am Samstag Zeit haben."

Sie weiß, dass die Befürchtungen anfangs groß waren, vor Vandalismus ohne Aufsicht. Neustadt beruhigt: "Wir hatten noch nicht einen Fall von Zerstörung oder Diebstahl." Zur Sicherheit soll beitragen, dass Rechner und Bildschirme fest verschraubt und vier Kameras installiert wurden. Aus Datenschutzgründen werden die Bilder nur bei Beschädigungen ausgewertet. Der Standort Finkenwerder wurde auch wegen seiner Lage ausgewählt, umgeben von Wohnhäusern

in einem Stadtteil mit dörflichem Charakter. "Es gibt hier eine hohe soziale Kontrolle. Eine Kundin hat mir anfangs gesagt: ,Machen Sie sich mal keine Sorgen, wir passen schon auf die Bücherhalle auf", erzählt Neu-

Mittlerweile gibt es auch in den Bücherhallen in den Hamburger Stadtteilen Horn und Niendorf das Open-Library-Angebot. Aus Neustadts Sicht ist das kein Modell für alle Bibliotheken: "An sozialen Brennpunkten ist die Gefahr von Vandalismus größer. Letztlich stellt sich die Frage, ob sich die Investition in neue Technik lohnt, wenn die Öffnungszeiten nur geringfügig erweitert werden.

In Hannovers Stadtteil List bietet die öffentliche Bücherei seit September den Open-Library-Service an. Neben den regulären Öffnungszeiten mit Personal (wöchentlich 32 Stunden) können dort Leser an 20 zusätzlichen Stunden pro Woche mit ihrem Chipkarten-Leseausweis die Türen öffnen und die Räumlichkeiten nutzen. Auf eine Auskunft durch Bibliothekarinnen müssen sie in dieser Zeit verzichten, Carola Schelle-Wolff, Direktorin der Stadtbibliothek Hannover, zieht nach den ersten Monaten ein positives Fazit: 1.400 Besuche in der personallosen Zeit innerhalb von vier Monaten zeigten das Interesse an diesem besonderen Angebot, das seit Jahresbeginn zeitlich um vier Stunden in der Woche ausgeweitet wurde. Besonders am sonst geschlossenen Mittwoch sowie am Samstagnachmittag nutzten viele Leser die Bücherei auf eigene Faust. Dafür benötigen sie einen aültigen Bibliotheksausweis, den man unter einen Scanner am Eingang hält sowie eine vierstellige Pin-Nummer, die jeder Leser erhält, der online Bücher ausleiht. Zudem müssen Nutzer der Open Library mindestens 15 Jahre alt sein.

bitte Kundenkarte durchziehen.

Außerhalb der regulären Öffnungszeiten ist die Lesekarte der Türöffne

Schelle-Wolff rechnet nicht unbedingt mit neuen Lesern oder mehr Ausleihen, die in den öffentlichen Bibliotheken von Hannover wie in den meisten anderen Städten zurückgehen. "Bibliotheken sind heute als Arbeitsorte für Schüler sowie für Ehrenamtliche und ihre Sprachschüler immer wichtiger. Das führt dazu, dass immer häufiger die Arbeitsplätze bei uns besetzt sind. Durch die Ausweitung der Zeiten wollen wir dieses Problem lösen", sagt sie.

Pläne für ein ähnliches Projekt in der Berliner Stadtteilbücherei Kladow scheiterten am Widerstand des dortigen Personalrats, der auf lange Sicht den Abbau von Stellen befürchtete. Schelle-Wolff versucht zu beruhigen: "Die Öffnungszeiten mit Personal werden bei uns ja nicht gekürzt. In einer Dienstvereinbarung ist das festgeschrieben." Ähnliche Vereinbarungen gibt es an den anderen deutschen Open-Library-Standorten Hamburg, Norderstedt und Bielefeld-Sennestadt. Macht sich das Fachpersonal dennoch nicht auf Dauer freiwillig überflüssig? "Viele Leser suchen im Internet Antworten auf einfache Fragen und kommen damit seltener zu uns. Gleichzeitig wächst der Bedarf für eine gezielte Beratung. Wer wissen will, welche Bücher zum Thema Tod für Kinder geeignet sind, für den ist das Internet keine Alternative zu einer Beratung in der Bibliothek", entgegnet Schelle-Wolff.

Beim Umbau zur Open Library wurde die Bibliotheksfiliale in Bielefeld-Sennestadt nicht nur technisch mit Selbstverbuchungstechnik, Einlasskontrolle, Videokontrolle und W-Lan für Kunden modernisiert, sondern auch eine Leselounge mit Kaffeeautomat und Tageszeitungen neu eingerichtet. Zudem macht die Bibliothek Sennestadt seit dem Umbau mehr interkulturelle Angebote, sie hat außerdem 400 neue Medieneinheiten zu Familienthemen angeschafft. Insgesamt wurde der Bestand deutlich verkleinert, von 26.000 auf 21.000 Medieneinheiten. Vor dem Umbau war die Bibliothek an 27 Stunden in der Woche mit Personal geöffnet, seit Anfang 2017 sind es zusätzlich 43 Stunden wöchentlich ohne Mitarbeiter. Die Zahl der Besuche stieg von 35.000 im Jahr 2015 auf fast 50.000 im vergangenen Jahr. Nicht zuletzt, weil die Bibliothek Sennestadt jetzt in den Sommerferien ohne Personal geöffnet ist - früher war sie komplett geschlossen. 19 Prozent aller Rückgaben und neun Prozent aller Entleihungen entfallen auf die Zeiten ohne Personal. Die Open Library wird also viel stärker für die Abgabe von Medien als für die Selbstausleihe genutzt. "Interessant ist, dass rund ein Drittel der in der Stadtteilbibliothek gemessenen Online-Zeiten auf die personalfreien Zeiten entfällt", sagt Harald Pilzer, Leiter der Stadtbibliothek Bielefeld.

Pilot in Deutschland: die Bücherhalle in Hamburg-Finkenwerder

In Norderstedt in Schleswig-Holstein ist die Stadtteil-Bücherei Glashütte für 30.000 Euro mit neuer Technik ausgestattet worden, damit Leser über die normalen Zeiten hinaus die Räume auch ohne Personal nutzen können. Für den Leiter Ingo Tschepe ist Dänemark das Vorbild - dort gibt es 200 öffentliche Bibliotheken, die ihre Nutzer schon seit langem zu bestimmten Zeiten alleine hereinlassen. Tschepes Ziel ist klar: "Die Bibliothek ist Teil des öffentlichen Raumes, der so oft wie möglich zu nutzen sein soll. Für uns ist nicht entscheidend, dass die Ausleihzahlen steigen, sondern dass wir neue Besucher erreichen." Das passiert bisher allerdings eher selten. "Das Angebot ist noch nicht in den Köpfen der Menschen, da müssen wir noch mehr werben", sagt Tschepe.

Die Zeiten sind gerade ausgeweitet worden, täglich von 8 bis 20 Uhr ist die Bücherei nun zugänglich, auch sonntags. "Man muss sich jetzt nicht mehr für jeden Tag eine andere Öffnungszeit merken. Vor allem am Samstagnachmittag kommen viele Nutzer", berichtet Tschepe. Zehn Prozent der Besucher und 15 Prozent der Entleihungen entfallen auf die Zeiten ohne Personal. Im kommenden Jahr soll auch eine zweite Zweigstelle zur Open Library mit längeren Öffnungszeiten umgebaut werden.

Es ist kein Zufall, dass bisher das Modell in kleinen Büchereien ausprobiert wurde – sie sind übersichtlicher, die Investitionen in die Technik dadurch geringer als in einer großen Bibliothek. Außerdem sind Stadtteilbüchereien aus finanziellen Gründen nicht selten von der Schließung bedroht - mit der Ausweitung der Öffnungszeiten erhoffen sich die Verantwortlichen mehr Resonanz und wollen so zusätzliche Argumente für den Erhalt liefern. Tschepe kann sich aber auch für die Zentralbücherei in Norderstedt einen zeitweisen Betrieb ohne Personal vorstellen: "Da muss man aber technisch andere Lösungen finden. In der Open Library wird per Video alles aufgezeichnet. In der Hauptbibliothek sind Mitarbeiter auch außerhalb der Öffnungszeiten im Haus, sie dürfen aber nicht gefilmt werden."

Ein großer Unterschied zu Dänemark bei nicht mal zehn Prozent.

wird trotz Open Library vermutlich bestehen bleiben: Beim nördlichen Nachbarn sind zwei Drittel der Bevölkerung registrierte Bibliotheksbenutzer, in Deutschland liegt dieser Anteil



Touristen-Attraktion: der Trevi-Brunnen in Rom.

VON ANDREA PEUS

Schluss mit lustig

Es gibt viele schöne Orte auf dieser Welt. Doch die Urlauber konzentrieren sich auf einige wenige Hotspots – und das trotz verstopfter Gassen, schwitzender Menschenmassen und steigender Preise. Jetzt schlagen die Anwohner Alarm.

uigi Brugnaro, Bürgermeister von Venedig, hat die Notbremse gezogen. Er hat sich etwas einfallen lassen. Fast 30 Millionen Touristen fallen jährlich über seine kleine Lagunenstadt her. Einwohner kritisieren, dass sie sich wie in einem Freizeitpark vorkommen. Um den Touristenmassen Herr zu werden, hat Brugnaro jetzt an den Maifeiertagen Schleusen und Durchgangssperren eingesetzt. "Ich denke, es ist gut gelaufen", sagte er nach der Premiere zufrieden. Für kurze Zeit lief in Venedig alles wieder in geordneten Bahnen. Jetzt müsse beraten werden, wie und wann genau die Schleusen unter anderem in der Nähe des Bahnhofs Santa Lucia erneut eingesetzt werden.

Brugnaro ist in seiner Not nicht allein. Auch andere Städte und Touris-

ten-Hotspots leiden unter dem sogenannten "Overtourismus" und suchen verzweifelt nach Möglichkeiten, die Menschenmassen in erträgliche Bahnen zu lenken. Neu ist das Problem nicht – doch es wird immer dringlicher. Waren es bisher 1,2 Milliarden Reisende, könnte diese Zahl bis 2030 auf 1,8 Milliarden ansteigen. Allen voran die Chinesen, die mit 122 Millionen Touristen schon jetzt das reisefreudigste Volk sind und aufgrund ihrer stetig wachsenden Mittelklasse auch in den nächsten Jahren noch für kräftig Nachschub sorgen werden.

Das wäre für die stetig wachsende Touristikbranche kein Problem. Doch die reisefreudigen Menschenmassen verteilen sich nicht gleichmäßig in der Welt. Gerade mal 20 Länder vereinen 60 Prozent des Wachstums auf sich. So strömen jährlich allein 75,6 Millionen Besucher nach Spanien. Europas beliebtestem Ferienziel. Die Folge sind verstopfte Gassen, schwitzende Menschenmassen und steigende Preise. Doch die Touristen stört das nicht. Laut einer Studie des World Travel Monitors gaben 24 Prozent der Auslandsreisenden an, dass sie zwar den Eindruck hätten, ihr Reiseziel sei überfüllt, doch nur neun Prozent fanden, dass dies die Qualität ihres Aufenthalts beeinflusst habe. Interessant sind die kulturellen Unterschiede. Denn während sich der Deutsche den einsamen Sandstrand durchaus herbeisehnt, wirkt dieser auf den Brasilianer doch eher befremdlich. Und einen Chinesen, der in seiner Heimat schon ganz andere Dimensionen des Herdentriebs kennengelernt hat, schockiert ohnehin

nichts mehr. Sehr viel empfindlicher reagieren dagegen die Einheimischen. Und das aus einem einfachen Grund: Das Verhältnis stimmt nicht mehr.

So kommen in Barcelona im Jahresdurchschnitt auf jeden Einwohner bis zu fünf Touristen. In Island sind es schon sieben Touristen pro Einwohner. Ab 930.000 Besuchern pro Quadratkilometer im Jahr, hat die Beratungsgesellschaft McKinsey errechnet, wird das Gedränge für die Anwohner unzumutbar. In Palma und Barcelona gingen daher schon tausende Bewohner auf die Straße und demonstrierten gegen den Ausverkauf ihrer Heimat. So werden in Barcelona schon 75 Prozent aller Unterkünfte über Airbnb vermittelt. Ähnlich sieht es auf Mallorca aus, wo die Bewohner nach Palma pendeln müs-



sen, weil sie sich die Wohnungen dort nicht mehr leisten können. Und auf dem Weg dorthin stehen sie im Stau, zwischen den Mietwagen ihrer Gäste.

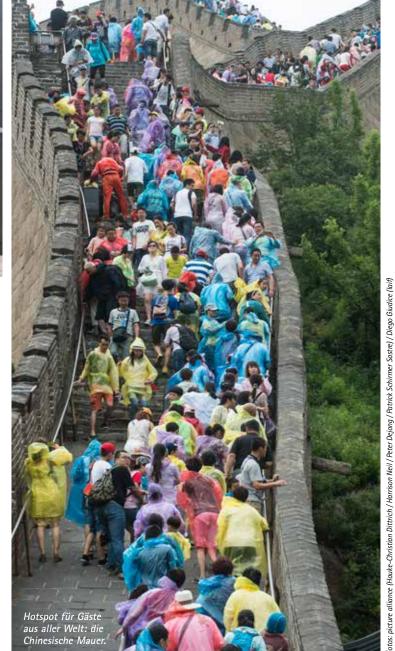
Viele Bürgermeister, Stadtverwalter und Anwohner machen sich daher, ähnlich wie Brugnaro in Venedig, auf die Suche nach Lösungen. In Amsterdam will man beispielsweise keine neuen Eisdielen mehr zulassen, weil es in der Innenstadt kaum noch Lebensmittel zu kaufen gibt. Und in Bangkok versucht man, den Badegästen den Zugang zum berühmten Maya Beach zu verwehren, um dem Strand wenigstens für einige Monate eine Ruhepause zu gönnen. Andernorts werden die Eintrittspreise erhöht, Bettensteuern erhoben, Autos aus den Innenstädten verbannt, Anmeldesysteme eingeführt oder eben

Touristen-Schleusen aufgebaut. Doch ein Patentrezept scheint es nicht zu geben.

Massen genug: ein Aufkleber in Palma de Mallorca

(links), ein Graffito in Amsterdam (oben),

Die Spirale dreht sich weiter, immer weiter – bis vielleicht irgendwann die ersten Touristen auf der Suche nach Ruhe neue Hotspots finden. Warum, könnte sich so manch einer schon bald fragen, verbringen wir den Urlaub nicht lieber auf Menorca, der kleineren, aber deutlich gemütlicheren Insel nördlich von Mallorca? Oder in Chioggia, der malerischen Fischerstadt im Süden von Venedig? Schließlich gibt es auch hier Kanäle, Brücken, Stege und sogar einem kleinen Badestrand. Das alles ist vielleicht nicht ganz so spektakulär wie in der großen Lagunenstadt, doch dafür hat es eines mit Sicherheit: Flair!



Besucher-Ansturm: vor dem Dogenpalast

iciii. Aucii anucie Staute



Frühjahrstagung der Stiftung "Lebendige Stadt" in Dresden: (vordere Reihe v.l.) Anika Kinder (Lebendige Stadt), Edwin Schwarz (Stadtrat a.D. Frankfurt/M.), Dr. h.c. Ingrid Mössinger (Generaldirektorin a.D. Kunstsammlungen Chemnitz), Olaf Cunitz (Bürgermeister a.D. Frankfurt/M.), Dr. Herlind Gundelach (Senatorin a.D. Hamburg), Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (MdB, stv. FDP-Bundesvorsitzende), Dr. Eva Lohse (OB a.D. Ludwigshafen, Präsidentin a.D. Dt. Städtetag), Thomas Geisel (OB Düsseldorf), Aygül Özkan (Ministerin a.D.), Hildegard Müller (Vorstand innogy), Dr. Andreas Mattner (Vorstandsvors. Lebendige Stadt), Jan Bettink (Verwaltungsratsvors. FMS Wertmanagement); (2.Reihe v.l.) Nurhan Soykan (stv. Vors. Zentralrat der Muslime), Bärbel Schomberg (CEO Schomberg & Co. RE), Marcel Philipp (OB Aachen), Dr. Monika Griefahn (Ministerin a.D.), Prof. Dr. Wolfgang Schuster (OB a.D. Stuttgart), Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup (GF-Vors. Flughafen Berlin Brandenburg), Barbara Bosch (OB Reutlingen), Friederike Beyer (GF Beyer PR Event); (3.Reihe v.l.) Prof. Jörn Walter (Oberbaudirektor a.D. Hamburg), Dr. Michael Vesper (Vorstandsvors. a.D. DOSB), Torsten Albig (MP a.D. Schleswig-Holstein), Josef Schmid (Bürgermeister München), Alexander Otto (Kuratoriumsvors. Lebendige Stadt), Rando Aust (Vorstandsbevollmächtigter Lebendige Stadt); (4. Reihe v.l.) Arved Fuchs (Polarforscher), Prof. Dr. Harald Kächele (Bundesvors. DUH), Robert Heinemann (Managing Director ECE), Dr. Joachim Wieland (CEO Aurelis Real Estate), Timur Öztürk (Lebendige Stadt); (5.Reihe v.l.) Michael Batz (Theatermacher), Wolfgang Kopitzsch (Polizeipräsident a.D.), Prof. h.c. Dr. h.c. Fritz Schramma (OB a.D. Köln), Prof. Dr. Willi Alda (Universität Stuttgart).

Stadtnachrichten

Newsletter informiert über Stiftungsthemen

Kongresse, Förderprojekte und Wettbewerbe - ein Online-Newsletter informiert über alles Wissenswerte rund um die Stiftung "Lebendige Stadt". Interessierte können sich für den kostenfreien Service schnell und bequem im Internet auf der Stiftungs-Homepage anmelden unter www.lebendige-stadt.de.

Chemnitz: Mössinger erhält Ehrenbürgerwürde

Mit einem Festakt im Opernhaus hat die Stadt Chemnitz ihre langjährige Museumschefin Ingrid Mössinger offiziell aus dem Amt verabschiedet. In Anerkennung ihres Wirkens und ihrer Verdienste wurde Mössinger zugleich die Ehrenbürgerwürde verliehen. Die renommierte Museumsfrau leitete seit 1996 die Kunstsammlungen und machte sie weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt. 2003 wurden

die Kunstsammlungen von der Stiftung "Lebendige Stadt" für das beste deutsche Museumskonzept ausgezeichnet. Mössinger holte viele Meisterwerke nach Chemnitz – als Schenkungen, Erwerbungen oder Dauerleihgaben – und präsentierte rund 170 oft auch international beachtete Ausstellungen.

Düsseldorfer spenden für das Schauspielhaus

Für die Sanierung des Düsseldorfer Schauspielhauses haben Bürger und Institutionen fast sechs Millionen Euro gespendet. Damit sei die Modernisierung der Publikumsbereiche gesichert, teilte das Kuratorium "Schauspielhaus 2020" mit. Die von Bürgern getragene Kampagne startete im September 2017. Ziel war es, etwa die Hälfte der rund zwölf Millionen Euro einzunehmen, die für die Modernisierung der öffentlichen Bereiche benötigt werden. Die andere Hälfte tragen die Stadt und das Land Nordrhein-Westfalen. Das denkmalgeschützte Theater wird seit Jahren renoviert. 2020 sollen die Arbeiten in und am Gebäude beendet sein.

Polarforscher Fuchs Richtung Arktis aufgebrochen

Der Polarforscher Arved Fuchs ist Ende Mai von Hamburg aus zu einer weiteren Expedition Richtung Arktis aufgebrochen. Der 65-Jährige, der auch im Rat der Stiftung "Lebendige Stadt" aktiv ist, macht schon lange auf die Gefahren durch den Klimawandel aufmerksam. Für seine Umweltschutzarbeit wurde Fuchs im vorigen Jahr das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Das Gemeinwesen lebe davon, "dass immer wieder Menschen den bequemen Beobachtungsposten verlassen"

tersen-Stiftung am Geomar Helm-Kiel verliehen worden.

Rekonstruierte Stadtgeschichte mit modernen Elementen: Die "neue" Frankfurter Altstadt ist seit Mai für die Öffentlichkeit frei zugänglich. "Wir geben mit der Altstadt der Stadt Herz und Seele zurück", sagte Oberbürgermeister Peter Feldmann nach der Entfernung der Bauzäune zwischen Römerberg und Kaiserdom. Auf dem rund sieben Hektar großen Gelände wurden rund 35 Häuser teils rekonstruiert, teils neu gebaut. Das Projekt der "neuen" Altstadt kostet rund 200 Millionen Euro. Ende September ist ein dreitägi-

und sich einmischen, so Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Im diesem Mai ist Fuchs außerdem eine Exzellenz-Professur der Werner-Peholtz-Zentrum für Ozeanforschung in

Frankfurter Altstadt eröffnet sche Moderne.

ges Fest zur offiziellen Eröffnung der Altstadt geplant.

Berlin: Bauhaus-Museum wird saniert und erweitert

Das Berliner Bauhaus-Museum ist seit Ende April geschlossen. 40 Jahre nach seiner Eröffnung wird das vom Bauhaus-Gründer Walter Gropius entworfene Gebäude saniert und bekommt einen Erweiterungsbau. Die Wiedereröffnung ist für 2023 geplant. Das "Bauhaus-Archiv – Museum für Gestaltung", so der volle Name, beherbergt die weltweit größte Sammlung der berühmten Architektur- und Designschule. Sie war mit ihren avantgardistischen Konzepten international prägend für die Klassi-

Werner-Otto-Preis fördert Behindertensport

Die Alexander-Otto-Sportstiftung hat zum achten Mal den mit 30.000

Hamburger Behindertensport verliehen. Eine Fachjury mit den Paralympic-Siegerinnen Edina Müller und Dorothee Vieth zeichnete den Hamburger Kanu-Verband für die Einrichtung des Parakanu-Stützpunkts in Hamburg-Allermöhe als Gewinner aus. Der 2017 eröffnete Stützpunkt mit inklusiver Ausrichtung ermöglicht sowohl das Training für Leistungssportler als auch Schnuppertrainings für Einsteiger. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld von 15.000 Euro verbunden. Anerkennungen verbunden mit Preisgeldern von jeweils 5.000 Euro erhielten der SV Lurup für die Gründung einer Sportgruppe für geistig behinderte Menschen, der FC St. Pauli für sein inklusives Tischkicker-Angebot und die Schule Tegelweg in Farmsen für ihr Polybat-Angebot für behinderte Schüler.

Die "neue" Frankfurter Altstadt 35 Häuser wurden teils rekonstruiert, teils neu gebaut







Förderung für den Behindertensport: Verleihung des Werner-Otto-Preises 2018 im Hamburger Rathaus.

In Freiheit und Sicherheit leben



Prof. Jörg Ziercke war von 2004 bis 2014 Präsident des Bundeskriminalamtes.

usgangspunkt meiner Betrachtung sind die Bewertung der aktuellen Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus und die Konsequenzen für die Organisation von Sicherheit in Deutschland 2018. In Verbindung mit der Forsa-Umfrage zum Aspekt des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung wird deutlich, dass der Schutz vor Kriminalität und mehr polizeiliche Präsenz von der Mehrheit der Befragten gefordert wird. Was zählt, ist das Gefühl der Bedrohung!

Das subjektive Sicherheitsgefühl in Deutschland hat sich verändert. Der Terroranschlag mit einem Lkw auf den Weihnachtsmarkt in Berlin im Dezember 2016 hat uns dramatisch vor Augen geführt, wie groß die terroristische Bedrohung in Deutschland tatsächlich ist. Viele hatten offenbar verdrängt, dass es den Sicherheitsbehörden mehr als ein Jahrzehnt gelungen war, unter großen Anstrengungen zwölf schwere Anschläge des islamistischen Terrorismus in Deutschland zu verhindern.

In den letzten zweieinhalb Jahren hat sich die Zahl der von der Polizei als gefährlich eingestuften Personen dramatisch erhöht. Waren es Ende 2014 noch ca. 420 Gefährder, stieg ihre Zahl auf aktuell über 720. Außerdem trägt das Wissen um ca. 1.000 Beschuldigte aus dem Spektrum des islamistischen Terrorismus bei aktuell ca. 800 anhängigen Strafverfahren in Deutschland und 330 Rückkehrern aus den Kriegsgebieten in Syrien nicht zur Entspannung von Polizeiführern oder der Innenminister von Bund und Ländern bei.

Ferner beschäftigen Übergriffe auf Asylbewerber und ihre Unterkünfte die Polizei erheblich. Besonders beunruhigend ist, dass es sich bei den aufgeklärten Fällen um Angriffe durch Tatverdächtige handelt, die der Polizei mit nahezu 50 Prozent vorher nicht bekannt waren. Dies deutet auf eine Zunahme der gewaltbereiten rechten Szene in Deutschland hin. Derzeit gibt es allerdings keine konkreten Hinweise auf eine überregionale Steuerung der Angriffe gegen Asylunterkünfte.

Gleichzeitig geht in Deutschland die Sorge um, dass Flüchtlinge in ihren Unterkünften verstärkt durch islamistische Rekrutierer angesprochen, radikalisiert und für den Jihad in Deutschland motiviert und mobilisiert werden könnten. Waren es vor Jahren noch wenige Anbahnungsversuche, registrieren Polizei und Verfassungsschutz heute eine Vielzahl regionaler Hotspots, an denen solche Kontakte aufgenommen werden. Sorgen bereiten den Sicherheitsbehörden auch die Rückkehrer aus den Kriegsgebieten, die das Kämpfen und den Umgang mit einer Waffe und das Töten gelernt haben.

Der heutige Terrorismus kennt keine Individuen mehr, er kennt nur noch Ziele. Ziele sind überall, und Ziel kann jeder sein. Die Unbestimmtheit der Definition potentieller Ziele stellt die Sicherheitsbehörden vor schier unlösbare Probleme bei der frühzeitigen Verhinderung von Anschlägen. Auch deshalb wird die Arbeit der Informationsbeschaffung durch die Nachrichtendienste immer wichtiger.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Polizei personell überhaupt in der Lage wäre, alle Bedrohungsszenarien allein zu bewältigen. Naheliegend ist, dass sich die Polizei jetzt stärker als bisher auf die Abwehr des Terrors und auf ihre Kernaufgaben konzentrieren muss. Die Bekämpfung der Alltagskriminalität und der tägliche Schutzauftrag der Polizei müssen wegen der Terrorgefahr aktuell ausgedünnt werden. Bürgernahe Polizeiarbeit kommt eindeutig zu kurz. Der Eindruck bei vielen Bürgern: Der Staat verweigert seine Fürsorge und seinen Schutz! Das hat natürlich auch politisch fatale Folgen. Erhebliche Schutzlücken entstehen durch verlängerte Reaktionszeiten der Polizei bei Notfallmeldungen. Immer öfter muss der Bürger unangemessen lange auf polizeiliche Hilfe warten

Auf der kommunalen Ebene könnten private Sicherheitsdienstleister in enger Partnerschaft mit der Polizei oder im Auftrage der örtlichen Ordnungsbehörden wesentliche Sicherheitsdefizite durch personelle Präsenz und damit durch eine sichtbare Wahrnehmung von Ordnungsfunktionen beheben. Auch Citystreifen stärken das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.

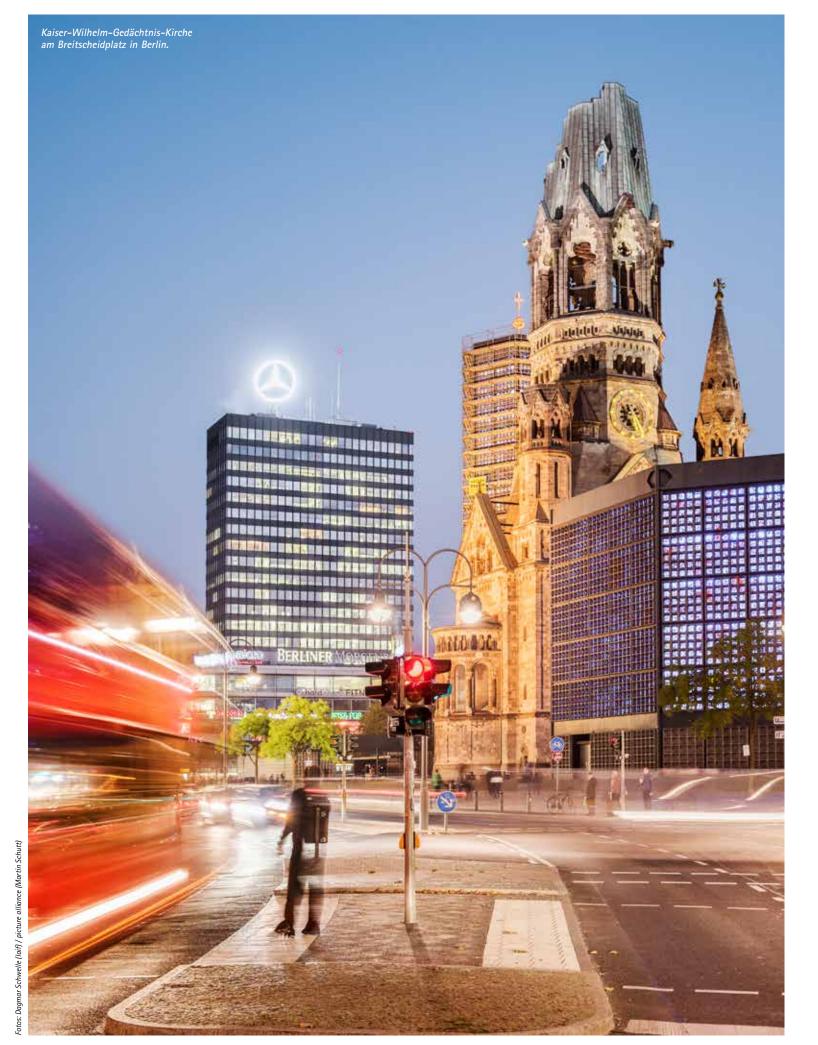
Ein geeignetes Instrument für einen stadtspezifischen Präventionsansatz ist methodisch eine kriminologische Regionalanalyse. Ein kommunaler Kriminalpräventiver Rat bündelt die unterschiedlichen Fachkompetenzen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Polizei, Ämter der städtischen Verwaltung) und privaten Sicherheit sowie die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Die Kriminalprävention betrifft fast alle Ämter einer Stadt - z.B. Ordnung, Verkehr, Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule, Sport und Stadtplanung. Kriminalprävention ist auch Daseinsvorsorge. Der kommunale Kriminalpräventive Rat ist ein politisches Bekenntnis zum Stellenwert von Sicherheit. Der Vorsitz dieses Rates gehört in die Hand des Bürgermeisters.

Wichtige Kriterien der Arbeit des Präventionsrates gegenüber der Öffentlichkeit sind Vertrauensbildung und faktenbasierte Informationen. Technologische Sicherheit (z.B. Beleuchtung nach dem Motto "Sehen und gesehen werden" oder Videoüberwachung von gefährlichen Orten) muss auch die Befürchtungen derjenigen ernstnehmen, die glauben, dass diese Maßnahmen nur der Überwachung dienen und einen Generalverdacht gegen jedermann darstellen. Es ist unbestritten, dass Videoaufnahmen bei der Aufklärung von Straftaten helfen und damit weitere Straftaten verhindern. Gleichzeitig führt iede aufgeklärte Tat zu einer Entspannung der öffentlichen Besorgnis über aktuelle Kriminalitätsgefahren. Das bedeutet aber nicht. dass eine flächendeckende Videoüberwachung erstrebenswert ist.

Eine rationale kommunale Kriminalpolitik ist eine Querschnittsaufgabe
mit eigenen Ressourcen. Ihr Ziel ist
die spezifische Sicherheit einer Stadt,
eines Ortsteils oder einer Örtlichkeit.
Sie hilft den Opfern von Kriminalität
und soll das Abgleiten in Kriminalität
insbesondere von noch jungen Menschen verhindern. Die Erfahrungen
zeigen, dass mit einer Institutionalisierung der Aufgabe der Kriminalprävention auf kommunaler Ebene nachhaltige Wirkung erzielt werden kann.

Fazit

- Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus wird andauern. Sie ist aber nur eine der herausragenden Bedrohungsformen, die unser Leben in einer globalisierten Welt bestimmen.
- Wir benötigen bessere und vor allem flächendeckende Präventionskonzepte, die junge Menschen gegen den islamistischen Terrorismus immunisieren.
- Zunehmende Gewalt- und Einbruchskriminalität sowie Cyberkriminalität als Folge der Digitalisierung wird uns im Zeitalter von Industrie 4.0, Internet of Things, Smart Home, Smart City vor ganz spezielle Herausforderungen im Sicherheitsbereich stellen.
- Auch organisierte Kriminalität, Spionage und Sabotage sowie gezielte und in großem Umfange ungezielte Cyberattacken sind insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen sowie die kritische Infrastruktur einer Kommune eine ernstzunehmende Bedrohung.
- Auch private Sicherheitsdienstleister sind ein wichtiger Bestandteil unserer Sicherheitsarchitektur. Das Innenressort sollte politisch für eine gemeinsame vernetzte Sicherheitsstrategie verantwortlich sein und die Voraussetzungen für die Zulassung, Aus- und Fortbildung von Privaten definieren
- Die Polizei muss sich stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Zusätzlich benötigen wir ein einheitliches Polizeigesetz in Deutschland, um schlagkräftiger zu werden.
- Vielen Menschen muss das Gefühl und die Gewissheit zurückgegeben werden, dass der demokratische Rechtsstaat alles unternimmt, damit die Bürgerinnen und Bürger in Freiheit und Sicherheit leben können.



BEST PRACTICE FÜR EINE LEBENDIGE STADT

In ihrer Schriftenreihe thematisiert die Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Societäts-Verlag städtebauliche Themen und greift "Best-Practice-Beispiele" auf, um sie publik zu machen. Die Bücher können auf der Homepage www.lebendige-stadt.de kostenfrei heruntergeladen werden.

